

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 21. G.,
Berlin S. 14 — Postkassenkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16
Fernsprecher S. 21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1,50 Mt.
Eingetragen in die Reichspostzeitungskasse

Maiaufruf des Intern. Gewerkschaftsbundes

Genossen! Unsicherheit, wirtschaftliche Zerrüttung und zahlreiche Friedensbedrohungen bringen dem internationalen Proletariat am Vorabend des Mailages 1927 keine Pflicht in Erinnerung. Der Arbeiterklasse kommt es zu, die Gefahren zu beseitigen, die die Menschheit bedrohen, und den Leiden entgegenzuwirken, die auf den Werkstätten lasten. Ihre Untätigkeit und ihr Stillschweigen würden als Schwäche, als eine Anerkennung des Übergewichtes der die Arbeiterklasse bekämpfenden feindlichen Mächte gedeutet werden. Und das darf nicht sein!

Der 1. Mai 1927 muß Zeugnis davon ablegen, daß die Arbeiter aller Länder einig und entschlossen sind, gegenüber ihren Feinden eine Front zu bilden und die die Welt bedrohenden Gefahren zu beseitigen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war das abgelaufene Jahr ein höchst unerfreuliches. In den meisten Ländern ist die Wirtschaftslage schlecht, ja vielerorts verschärft sie sich zusehends. Die Arbeitslosigkeit fordert weiter ihre Opfer und treibt Hunderttausende von Familien ins Elend. Sie dient gleichzeitig dem Unternehmertum als Vorwand zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung und die Arbeitsbedingungen. Besonders richten sich die Angriffe gegen die Durchführung des Achtstundentages und den Ausbau der Sozialgesetzgebung. Vieles, was die Arbeiterklasse bereits als festen Besitz betrachtete, ist ihr wieder entzogen worden oder soll ihr noch entzogen werden. Gegen diese Bestrebungen muß sich die Arbeiterklasse mit allen Mitteln wehren.

Die Arbeiterklasse verlangt die ungeschwächte Anerkennung des Achtstundentages und den Ausbau der Sozialgesetzgebung, wobei vor allem auf den Schutz der Schwachen, der Frauen und Jugendlichen hinzuwirken ist.

Auf politischem Gebiete ist leider nur zu deutlich, daß die Reaktion weitere Fortschritte gemacht hat, wobei sie notwendig ihre Angriffe gegen die Arbeiterorganisationen, als den natürlichsten Kräften der Freiheit und des Fortschritts, richtet.

Diese Zerrüttung und dieser Rückschritt finden auch ihren Ausdruck in den Beziehungen der Völker zueinander. Die Diktatur ersetzt eine ständige Kriegsgefahr, gleichviel, in welcher Form sie auftritt, welche Farbe sie trägt. Der Faschismus mit seiner schwarzen, der Bolschewismus mit seiner roten Armee treffen sich mit den Mächten des kapitalistischen Imperialismus, um wieder einmal die Völker gegeneinander zu treiben.

Die Sache der Befreiung aller Werktätigen und der Frieden sind unausschließliche miteinander verknüpft. Diese Auffassung hat die Arbeiterklasse von je vertreten. Die Ereignisse, die sich heute in Europa, im Fernen Osten und bis nach Amerika hinüber abspielen, müssen ihr nicht nur ein deutlicher und gültiger Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung sein: sie mahnen sie auch mit aller Entschiedenheit daran, ihre Anstrengungen mit vermehrten Kräften fortzusetzen. Die Arbeiterklasse kann nur auf ihre eigenen Kräfte bauen! Nur von ihrer eigenen Kraft können die Arbeiter ihr Heil erwarten! Von welchen anderen Mächten könnte sonst die Rettung kommen?

Sicherlich nicht von der Bourgeoisie! Sie benutzt die Er-

eignisse auf dem Balkan, in China oder Zentralamerika, die Entwicklung zu geordneten Verhältnissen zu hemmen. Überall ist sie dabei, der Annäherung der Völker Hindernisse in den Weg zu legen und die Förderung des wirtschaftlichen Nationalismus zu verlangen, der die durch den politischen Nationalismus geschaffenen Gegensätze und Konflikte noch verschärft.

Diesen Gefahren muß die Arbeiterklasse ihren Internationalismus entgegenstellen, denselben Internationalismus, dessen Verwirklichung der Feier des 1. Mai zugrunde liegt und der gerade an diesem Tag seine machtvollste Bestätigung finden soll.

Mit diesem Internationalismus, dieser Verteidigung der Sache der Menschheit, die das Proletariat der Selbstsucht und dem entzweienenden und gehässigen Nationalismus entgegenstellt, wird es den in der Welt bereits eroberten Anteil immer mehr erweitern und sich als jene Macht erweisen, die die Gesellschaft einer Neugestaltung und besseren Zukunft entgegenführt.

In allen Gefahren und Wirnissen der Gegenwart werden die Arbeiter nicht vergessen, was sie durch ihre eigenen Bemühungen und Kraft der vom Internationalen Gewerkschaftsbund seit dem Kriege unablässig geführten Aktion erreicht haben.

Diese unausgesetzten Bemühungen beginnen Früchte zu tragen. Der 1. Mai 1927 wird gleichsam zum Auftakt für die internationale Wirtschaftskonferenz, die vier Tage später in Genf zusammentritt und die die Verwirklichung einer Forderung der Arbeiter ist. Zum ersten Male in der Geschichte der Welt wird das wirtschaftliche Leben der Nationen Gegenstand einer internationalen Prüfung sein. Zum ersten Male wird das anarchische System der Produktion und der Verteilung der nationalen Reichtümer, das noch immer die Grundlage der Wirtschaft bildet, unter der unmittelbaren Mitwirkung von Arbeitervertretern einer Kritik unterzogen werden. Wohl kann der IGB an diese Veranstaltung nicht das Versprechen knüpfen, daß sie bestimmt zu einer Verbesserung des Loses der Arbeiter führen wird. Er darf jedoch feststellen, daß die Abhaltung der internationalen Wirtschaftskonferenz eine Bestätigung dafür ist, daß sich die Arbeiterideen durchzusetzen beginnen.

Allen Widerständen und Angriffen der Unternehmer zum Trotz bleibt der Achtstundentag aufrecht, macht der Abrüstungsgehalte mit jedem Tage Fortschritte, geht der Wiederaufbau der Welt seiner Verwirklichung entgegen. Alles dies sind Ergebnisse der Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Diese Ergebnisse sind gewiß nicht vollkommen und sie werden so bleiben bis zum Tage der endgültigen Befreiung der Menschheit und der Völker. Aber sie zeigen, was die Arbeiter vermögen und ermutigen die arbeitenden Massen, ihre Aktion fortzuführen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai einzutreten

- für die Aufrechterhaltung des Friedens;
- für den Achtstundentag;
- für den Ausbau der Sozialgesetzgebung;
- für uneingeschränkte Koalitionsfreiheit;
- für die Freiheit aller Völker!

Ein geradezu groteskes Gaukel- und Schauffenspiel zeigte die Erhöhung der Invalidenrenten. Seit Dezember 1925 lagen dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Anträge der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Renten vor. Da in den Regierungsrichtlinien von Marx auch der Satz enthalten war: „Die Lage der Invaliden muß verbessert werden“, verstärkte die Sozialdemokratie ihren Druck und erreichte schließlich auch ihre Behandlung. Das Ziel ist keineswegs erreicht. Die Sozialdemokratie forderte eine angemessene Erhöhung des Grundbetrages von 14. Mark und des jetzt 6 Mark betragenden Reichszuschusses. Daneben verlangte sie die Zahlung von Witwenrente ohne Nachweis der Invalidität und die Gewährung von Witwen- und Waisenrente für Angehörige von Versicherten, die bereits vor dem 1. Januar 1912 verstorben sind.

Da das Zentrum sich anfänglich den berechtigten sozialdemokratischen Forderungen nicht ganz verschließen konnte, geriet es bald in einen verzweifelten Kampf mit seinen bürgerlichen Bettgenossen. Schließlich segelte aber auch hier, wie bei so vielen anderen Fragen, das Zentrum nach vielerlei Winkelzügen zu seinen deutschnationalen Bettgenossen. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Die endlich bewilligte Summe von 200 Millionen soll mit 120 Millionen aus Reichsmitteln genommen werden, während die fehlenden 80 Millionen aus Beiträgen der Arbeiter erhoben werden sollen. Es sollen nunmehr lediglich höhere Steigerungssätze für die vor der Inflation eingezahlten Beiträge gezahlt werden. Es werden dadurch Rentenerhöhungen von durchschnittlich nur 5 Mark erreicht werden. Die Anwendung des geltenden Grundgesetzes auf die vor dem 1. April 1925 rentenberechtigt gewordenen Witwen und Waisen wird etwa 3 bis 4 Mark monatlich bringen. Abgelehnt wurden auch die sozialdemokratischen Anträge, die durch Aufstockung der Beitragsklassen für die hohen Löhne die nötigen Mittel für Rentenerhöhungen bringen sollte. Bei der Begründung dieser Ablehnung wurde wieder das alte Lied von der Leistungsunfähigkeit der Wirtschaft in allen Tonarten gesungen. Bürgerblock!

In das Gebiet der Sozialversicherung gehört auch das Gesetz über das soziale Wahljahr. Nach diesem Gesetz sollen in Zukunft alle Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung einheitlich an einem Tage durchgeführt werden. Der Bürgerblock warf hierbei sogar die Regierungsvorlage über den Hausen und suchte durch Einführung eines Ruralwahlrechtes schlimmster Art den klaren Willen der Versicherungsnehmer in der Selbstverwaltung der Versicherungsträger umzubiegen. Alle Versuche der Sozialdemokraten, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, lehnte die Blockmehrheit ab.

Ein Musterbeispiel demagogischer Phrasenpolitik zeigten wieder einmal die Deutschnationalen. Sie häufen Wortbruch auf Wortbruch. Als sie noch in der Opposition waren, forderten sie jährlich 400 Millionen Mark, um den Kleinrentnern eine Mindestrente zu geben. Die Kleinrentnerfürsorge ist eine beliebte Spekulation aller bürgerlichen Parteien. Aus den großsprecherischen Forderungen der Blockparteien ist jetzt, da sie in der Regierung sitzen, eine ganz kleine häßliche Entschließung geworden, die die Regierung so gar nichts verpflichtet und deren Durchführung den betrogenen Kleinrentnern ganze 25 Millionen Mark jährlich brächte. Aber auch nur, wenn die Regierung...

Letzten Endes führten dann noch die Bürgerblockparteien eine widerliche Maskerade mit dem Arbeitszeitnotgesetz auf. Es ist eingetreten, was vor Wochen schon an dieser Stelle gesagt wurde: von diesem Reichstag hat die Arbeiterklasse den Achtstundentag nicht zu erwarten. Das angenommene Gesetz ist ein Unternehmerrückfall. Alle sozialpolitischen Gesetze dieser Blockparteien werden es sein. Solange der Arbeiterblock regiert, wird die Arbeiterklasse nur soviel Rechte haben, wie sie sich durch ihre Gewerkschaften holt. Traurig ist es, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die Siegewald, Imbusch, Andre in diesen wichtigen Lebensfragen der Arbeiterklasse Vorgespanndienste für das Unternehmertum leisten. Die Antwort der christlichen Proletariat wird ihnen nicht erspart bleiben. Es gibt eben in gewissen Fragen keine „höheren politischen Rücksichten“. Den christlichen Arbeiter drückt der Schuh ja genau so wie den freigewerkschaftlich organisierten. Während sich so die christlichen Gewerkschaftsführer im Reichstage, getrieben von ihrem schlechten Gewissen, immer wieder zum Verteidiger des Achtstundentages machten, schwiegen sich die Unternehmer völlig aus. Nicht ein Wort kam über ihre Lippen. Woju auch? Ihre Preisfechter, die zentrumschristlichen Abgeordneten, besorgten ja alles. Und dann: man hat ja die Mehrheit! Woju sich in geistige Unkosten stürzen? Man stimmt einfach die arbeitersfreundlichen Anträge der Sozialdemokraten nieder. Er triumphiert, der Bürgerblock! Wie lange noch? Dgohl.

Die Sozialreaktion des Bürgerblocks

Mischung von Gottesfegen und Profitfucht — Die Lohnerhöhungen für die Hausbesitzer Preisfechter des Unternehmertums

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter

Die Regierung des Bürgerblocks wurde anfangs Februar gebildet. Am 8. April ist der Reichstag in die Osterferien gegangen. In dieser Zeit bildete der Reichshaushalt den Kern der Reichstagsverhandlungen. Um diesen Kern gruppieren sich eine Reihe sozialpolitischer Gesetze und Beschlüsse, die, in ihrer Gesamtheit gesehen, ein erschreckendes Bild über die sozialpolitische Gesinnung des Bürgerblocks bieten.

Man hat den schwarzblauen Block der Vorkriegszeit einmal scherzhaft als eine Mischung zwischen Karpfen und Kaninchen bezeichnet. Das damalige Gebilde war ein politischer Rinderschreck gegen den Bürgerblock von 1927. Gewiß ist auch die jetzige Mischung schwarzblau. Aber sie tangt nicht zu politischen Wigen. Heute haben wir eine Mischung von Profitfucht und Gottesfegen! Daß bei diesem Schacher die Sache des arbeitenden Volkes leiden muß, zeigt die Behandlung sozialpolitischer Fragen zur Genüge.

Obwohl bereits die Gesamtaufwendungen für Sozialpolitik einschließlich Arbeitsministerium von 1 Milliarde 119 Millionen im Vorjahr um 400 Millionen vermindert war, haben die Blockparteien nochmals einen Abstrich von 50 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge vorgenommen. Was unter diesen Umständen von der Arbeitsbeschaffung zu erwarten ist, kann sich jeder ausmalen. Man begründete die Abstriche damit, daß die vor-

jährigen Mittel für diesen Zweck nicht einmal aufgebraucht seien. Weil also die behördlichen Mühlen im Vorjahr langsam mahlen, brauchen sie auch im kommenden Jahre ihren Gang nicht beschleunigen. Auch eine Logik.

Während man so auf der einen Seite die Möglichkeit, produktive Arbeit zu schaffen, einengte, lehnte man auf der anderen Seite alle Anträge der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen ab. Selbst ein Antrag, der die am 1. April erfolgte Mieterhöhung von 10 vH ausgleichen wollte, verfiel der Ablehnung.

Ueberhaupt die Mieterhöhung! Auch so ein Geschenk des Bürgerblocks! Nicht einmal die Verpflichtung hat man für die Länder geschaffen, die aus der Mieterhöhung fließenden Gelder zum Wohnungsneubau zu verwenden. Die Mieterhöhungen, deren nächste am 1. Oktober mit weiteren 10 vH folgen soll, ist einzig und allein den Hausbesitzern zugute gekommen. Wenn es also den Gewerkschaften gelang, diese Vertrennung der Lebenshaltung durch höhere Löhne auszugleichen, so fließen die Lohnerhöhungen nur durch die Hand des Arbeiters, um im Geldsack des Hausbesitzers zu landen. Lohnerhöhung für den Hausbesitzer! Diese sozialreaktionäre Tat kann sich würdig neben die anderen Mistfakten stellen.

Lies Du gründlich Deine Zeitung, dann gib sie dem Unorganisierten

Goldige Ernte des Kapitalismus

Der Beschäftigtenrat des Reichstags hat seinen Entwurf des Arbeitszeitgesetzes in nur wenig abgeänderter Form angenommen. Die Forderungen der Gewerkschaften, die darauf abzielten, das Überstundenwesen zu vermindern, wurden unter den fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Damit sind die Absichten, auf diesem Wege der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, zum Teil vereitelt. Die Gewerkschaften werden natürlich den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit tatkräftig fortsetzen. Schließlich werden die Unternehmer den Achtstundentag vorbehaltlos einräumen müssen, so sehr sie sich auch jetzt noch dagegen sträuben.

Zur Fortsetzung des Kaufes nötigt allein schon die noch immer herrschende Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung eine zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Schon jetzt steht fest, daß die in den letzten Wochen deutlicher hervortretende Beseitigung der wirtschaftlichen Lage ein Verschwinden der Arbeitslosigkeit nicht erwarten läßt. Es ist zwar ein Rückgang eingetreten. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen hat sich von Mitte Februar bis Mitte März um 15 v. H. vermindert. Doch aber sind rund 1,8 Millionen Erwerbslose vorhanden. Berücksichtigt man, daß die Witterungsverhältnisse für Arbeiten im Freien während des Winters verhältnismäßig günstig waren, die Bauwirtschaft dadurch wenig behindert wurde und eine Anzahl Industrien sehr günstigen Geschäftsgang aufzuweisen hatten, so muß die Abnahme der Arbeitslosigkeit als sehr gering bezeichnet werden, was auch für die weitere Besserung der Wirtschaftslage keine wesentlich günstigere Voraussetzung des Arbeitsmarktes in Aussicht stellt.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist insbesondere in dem Zurückgehen der Kaufkraft im Verhältnis zur gesteigerten Produktion zu erblicken. Produktion und Verbrauch stehen in trübem Widerspruch zueinander, der nur durch Steigerung des Verbrauchs beseitigt werden kann. Dies erfordert die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit. Von den Vertretern des Kapitalismus wird die Möglichkeit eines solchen Ausgleichs bestritten, sie sehen im Gegenteil — so widersinnig es auch erscheinen mag — in der Niedrighaltung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit die Grundlage einer wirtschaftlichen Besserung, angeblich, weil die Industrie die aus Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung entstehende Belastung nicht zu ertragen vermag.

Wie hinlänglich diese Behauptung ist, zeigen nicht nur die Vorgänge an der Börse, sondern auch die Geschäftsergebnisse der deutschen Großbanken für das verflossene Jahr. Eine große Anzahl von Industriefirmen hat in den letzten Wochen eine Kurssteigerung erfahren, die nahezu ungläublich erscheint. So liegen die Aktien der Harpener Bergbau-A.G. um ungefähr 40 v. H., die Aktien von Ludwig Loewe, die von Schultze & Pagenhofer, sowie die der Vereinigten Glasstoff-Fabriken um etwa 60 v. H. Nicht minder günstig lautet die Abschlüsse der Großbanken, für die das Jahr 1926 trotz der herrschenden Krise ein außerordentlich gewinnbringendes gewesen ist. Selbst die kapitalistische Presse muß zugeben, daß es ein Rekordjahr der deutschen Banken war. Es brachte ihnen eine goldige Ernte, deren Frucht die ärgsten Optimisten überraschte. Das will um so mehr betonen, als die Banken durch die lang andauernde allgemeine Krise stark in Mitleidenschaft gezogen waren und im Vorjahr ganz beträchtliche stille Reserven auf Bestandskonten zum Ausgleich der nicht sichtbar gemachten Verluste heranziehen mußten, um die alten Dividenden aufrechtzuerhalten. Außerdem machten sich die Wirkungen der Krise noch bei Beginn des

Jahres 1926 bemerkbar und trat erst in den Monaten April und Mai eine langsame Besserung der Wirtschaftslage ein.

Wie bedeutend diese Besserung war, geht daraus hervor, daß sich der Umsatz allein bei den sieben deutschen Großbanken im Vergleich zum Vorjahr von 470 auf 630 Milliarden erhöhte und die Einlagen von 4,9 auf 7,5 Milliarden stiegen. Ergaben sich für die Banken schon hieraus erhebliche Gewinne, so noch mehr durch die Börse, deren Geschäftsgang alles bis dahin Dagewesene übertraf. Dementsprechend bejammert sich u. a. allein der Effektivgewinn der Disconto-Gesellschaft auf 6,6, der Deutschen Bank auf 10,2, der Danatbank auf 10 Millionen Mark, die aber nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne darstellen. Die Berliner Großbanken waren dadurch in die Lage versetzt, ihre Durchschnittsdividende von 9,4 v. H. in den Jahren 1924/25 auf 14,88 v. H. für 1926 gegen 7,49 v. H. im Jahre 1913 zu erhöhen. Dabei haben die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Darmstädter Bank und die Kommerz- und Privatbank Rückstellungen vorgenommen, die dem erzielten Gewinne gleichkommen und bewirken, daß ihre offenen Reserven fünf Sechstel des ganzen Aktienkapitals betragen, sie also gegen Konjunkturschwäche sowie etwaige Mißerfolge in der Zukunft reichlich gedeckt sind und für das laufende Jahr die gleiche Dividende ausschütten können.

Diese günstige Geschäftslage beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Großbanken, sondern sie ist eine allgemeine, woraus die Arbeiter entnehmen können, was sie von den gegenteiligen Behauptungen der Unternehmer zu halten haben, denn was in den Geschäftsergebnissen der Banken zum Ausdruck gelangt, ist nur eine Widerspiegelung der Verhältnisse, wie sie für die Industrie bestehen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Industrie außerordentliche Gewinne abwirft, denen auf der anderen Seite Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten gegenüberstehen, die kaum mehr als den notwendigen Lebensunterhalt gestatten. Die deutsche Industrie ist hiernach sehr wohl in der Lage, den Arbeitern eine erhebliche Aufbesserung der Löhne zu gewähren. Alle gegenteiligen Behauptungen sind leeres Gerede, nur erfunden, um über die Tatsache, daß die deutsche Industrie an Leistungsfähigkeit der keines anderen Landes einschließlich Amerikas nachsteht, hinwegzutäuschen.

Die deutsche Industrie kann ihren Arbeitern und Angestellten höhere Löhne und Gehälter sowie eine kürzere Arbeitszeit bewilligen, ohne in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt zu werden. Es bedarf dazu nur des Willens, der freilich nicht vorhanden ist und freiwillig von den Unternehmern niemals gezeigt werden wird, mögen ihre Gewinne noch so hoch sein. Jede Steigerung dieser Gewinne wird sie vielmehr dazu veranlassen, noch mehr aus der Arbeitskraft des Arbeiters herauszupressen. Das liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die nur den kapitalistischen Unternehmer und seine Belange als maßgebend anerkennt, die Bedürfnisse der breiten Massen dagegen unberücksichtigt läßt, mindestens aber allen anderen nachstellt. Nur so ist es verständlich, daß die Arbeit dieser Industrie zwar riesige Gewinne für die Besitzer der Produktionsmittel erzeugt, für diejenigen dagegen, die diese Produktionsmittel in Bewegung setzen, nur den dürftigsten Lebensunterhalt übrig läßt. So offensichtlich dieser Widerspruch auch ist und so trag er in dem Bereich der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung in die Erscheinung tritt, so wird er doch nach wie vor zu wenig begriffen. Wäre es anders, so müßte es um die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Volksschichten wesentlich besser bestellt sein.

Die auf diese Zahlen kommen, und erreichen so einen Gesamtwert von 30 Milliarden.

Das ist, wie gesagt, die niedrigste Schätzung, die Herr Dir angibt. Die höchste kommt auf 73,6 Milliarden und macht außerdem den Eindruck einer ehrlichen Rechnung, weil sie ganze Seiten mit Zahlen enthält. Sucht man aber näher zu, so baut sie ein Luftschloß auf Grund dessen, was nach einem Menckensalter möglicherweise sein könnte. Dabei legt sie zum Beispiel für Südafrika, ohne mit der Wimper zu zucken, 1 Million weißer Ansetzler! Vor dem Kriege gab es dort knapp 10 000 (zehntausend) Weiße, in allen deutschen Kolonien zusammen knapp 25 000 (fünfundzwanzigttausend).

Von 78 ist der Sprung auf 100 nicht mehr groß, und weil das eine hübsche runde Summe ist, meint Herr Dir, es lägen englische Ansetzungen von 100 Milliarden und noch weit darüber hinaus vor, und wir werden geneigt sein, die runde Schätzung auf 100 Milliarden als nicht übertrieben zu betrachten (obwohl das ganze deutsche Nationalvermögen, allerdings auf ebenso windigen Unterlagen, nur auf 300 Milliarden geschätzt wird).

So, wenn nun unseren Lesern in der Agitation die 100 Milliarden entgegengehrieben werden, wissen sie, auf was für soliden Berechnungen sie beruhen.

J. H. L. z.

Auf was hofft die Großindustrie?

Anfang April wurde von den Direktoren der rheinisch-westfälischen Schmelzindustrie der Geburtstag Kirdborfs, des Gründers und langjährigen Vorsitzenden des Kohlenhyndrats gefeiert. Eine 300 Mann starke Unternehmerkolonne zog in der Nacht mit Fadeln, Pauken und Trompeten nach dem Wohnhaus Kirdborfs. Dort redete — Eugen Berg. Später hielt Böglers die Festrede. Alle Reden waren auf den Ton gestimmt, daß die Großindustrie im Geiste des alten Kirdborfs weiterzuarbeiten gedenke. Dieser war bekanntlich von jeder einer von jenen alten Scharfmachern, die der organisierten Arbeiterschaft als Todfeinde gegenübertraten. Beachtenswert aus Böglers Rede ist besonders ein Satz, wonach im deutschen Volke Kräfte vorhanden sein sollen, die nach einem Meister rufen, auf den die Schmelzindustrie hofft. „Wenn dieser Mann kommt, dann gebe ein gültiges Gesicht, daß uns wieder Männer ersetzen, wie Kirdborf.“

Es kann hiermit nichts anderes gemeint sein, als eine Art Diktator. Wirtschaftlich hat man bereits die Fäden vollständig in der Hand. Politisch ist ein nicht geringer Umschwung zugunsten des Unternehmertums eingetreten. Das scheint alles noch nicht zu genügen. Man wünscht die vollständige politische Diktatur, um noch rücksichtsloser herrschen zu können. Solche Meinungen sind in der westlichen Großindustrie schon lange lebendig. Steht doch die Bergwerkszeitung (vom 10. April) fest, nachdem sie die starken Tatmenschen der Industrie, wie Kirdborf, Stinnes, Thyssen, über den grünen Klee gelobt hat, daß das Reich, der Staat keine politischen Tatmenschen aufzuweisen haben. „Nicht ein Mann in der deutschen Politik, zu dem das deutsche Volk aufschauen könnte, als zu einem ganz Großen. Alles gute Leute, alles Mittelmaß, wenn es noch dazu reicht. Keiner, der diesem Durcheinander ein Ende machen könnte.“

Diese Industrie, die sich mächtig stark Organisationsaufgebaut hat, die sich industrielle Herzogtümer von ungeahnter Kapitalkraft schuf, will dieses System der rücksichtslosen Gewalt über das ganze Reich ausdehnen. „Nicht die Masse, nur die führenden Persönlichkeiten haben den Fortschritt gebracht, haben unser deutsches Vaterland groß gemacht.“ So beweihräucherte Böglers die anwesenden Direktoren an der bereits erwähnten Geburtstagsfeier und sich selbst. Die große Masse, die still und geduldig jahrein, jahraus für wenig Lohn in harter Arbeit tätig ist — sie ist nichts. Sie kommt für diese Herren nur als Ausbeutungsgegenstand in Frage. Und weil dieser Plebs nicht als armes Steuerzahlerndes, in stummer Arbeit dahindrübendes Volk gelten will, sondern entsprechend seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben nach Mitbestimmungsrecht verlangt, deshalb ruft man nach einem mit übernatürlicher Macht ausgestatteten Tatmenschen. Er soll das vollbringen, was man trotz aller Machtentfaltung nicht erreichen konnte.

Die Herren predigten die Einigkeit der Unternehmer. Es gibt keine Gruppe von Menschen, die einiger sind als diese. Und dennoch schallte es an jenem Abend immer wieder: Sei die einig, sei die einig! O, wären wir erst so weit, daß die Arbeiter und Angestellten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu begriffen hätten, wie die Unternehmer der Ruhrindustrie! Gerade der Umstand, daß dort mit dunklen Plänen eines „kommenden Meisters“ gespielt wird, sollte alle Hand- und Kopfarbeiter veranlassen, schleunigst Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Denn gegen die Arbeitererschaft richten sich alle Maßnahmen dieser Scharfmacher. Die Zeit ist über Kirdborf hinweggegangen. Sie wird auch die Böglers und Reusch überwinden — wenn die Arbeiter es wollen.

Hohe Gewinne und große Leistungssteigerung

Die Braunkohlen- und Breitenwerke Kobbergrube A.G. gehört zu den Firmen, die seit Jahren die höchste Dividende verteilen. Das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk, das diese Grube übernahm, ist vertraglich verpflichtet, das Dreifache der eigenen Dividende zu verteilen, das ist in diesem Jahre wiederum 24 v. H. So werden hier alljährlich ungeheure Summen an die Aktionäre ausgeschüttet. Beutest man an dem neuesten Abschluß ist die Leistungssteigerung der Belegschaft. Wir bringen über die Förderung, Arbeiterzahl, deren Löhne und die Lohnkosten nachstehende Aufstellung:

Förderung in Taus.	Arbeiterzahl	Löhne u. Gehälter auf Taus.	Steuerung je Mann	Belegschaft je Taus.
1913	5,68	1527	2,22	2410
1924	8,83	3251	6,75	2674
1925	11,75	3549	9,21	3817
1926	11,92	2860	8,95	3790

Was besagt diese Zusammenstellung? Das Lohnkonto wuchs insgesamt bis zum Jahre 1925 infolge Angleichung der Löhne an die Leveragekosten. Im letzten Geschäftsjahre wurde infolge Besserung der Belegschaft binähe eine Million Mark für Löhne und Gehälter weniger ausgegeben. Die Leistungssteigerung je Mann wuchs von Jahr zu Jahr. Im letzten Geschäftsjahre wurde je Kopf über 50 v. H. mehr gefördert als im letzten Friedensjahr. Die Lohnkosten je Tonne Förderung sind seit 1924 von Jahr zu Jahr zurückgegangen, obwohl die Löhne und Gehälter je Kopf von 2,22 auf 8,95 gestiegen sind. Der Abschluß der Kobbergrube bietet ein treffendes Beispiel dafür, erfährt wie die Rationalisierung sich auswirkte und zweitens wie Jahr für Jahr Aktiensummen den Aktionären zufließen.

Zunahme der Konten. Im März haben die Kontenrollen eine Steigerung erfahren. Ohne die wegen Wassermangel abgeleiteten Anträge ergaben sich 557 neue Konten und 132 Geschäftsausschlüssen. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 473 und 132. Während also die Zahl der Geschäftsausschlüssen gleich blieb, ergab sich für die Konten eine Erhöhung. Man muß sich hüten, diese Erhöhung als Merkmal einer verschlechterten Wirtschaftslage anzusehen. Die Kontenzahl der Vorkriegszeit (rund 900) wurde seit langem

Eine Milchmädchenrechnung

Die Bestrebungen nach Wiedererlangung einer deutschen Kolonialpolitik regen sich immer andringlicher. Deutschland, so heißt es, will „seine“ Kolonien wieder oder einen entsprechenden Ersatz dafür haben.

Die Metallarbeiter-Zeitung hat im vorigen Jahre zu wiederholten Malen die grundsätzliche Seite der Sache behandelt und insbesondere nachgewiesen, daß für die Entscheidung anschließend sein muß die Rücksicht auf die deutschen Arbeiter. Weil die Kosten der Kolonialpolitik notwendigerweise von den Arbeitern getragen, die Gewinne aber den Kapitalisten zufließen würden, deshalb lehnt das deutsche Proletariat die Erwerbung von Kolonien ab. Das würde auch dann gelten, wenn die ehemals deutschen Kolonien sehr wertvoll wären; sie wären es ja nur für die Kapitalisten, dem Proletariat würden sie Kosten bringen.

Nun sind sie aber nicht einmal wertvoll. Das beweisen die traurigsten Bemühungen der Koloniallobby, ihnen einen hohen Wert anzubringen. Da ist kürzlich im Verlag von R. Hobbing zu Berlin eine Schrift von A. Dir erschienen: „Was Deutschland an seinen Kolonien verlor“, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in kurzem, auf Grund der „Erwägungen“ dieses „bekannten Kolonialfachmanns“ Landau, auch der Ruf erklingen wird: 100 Milliarden Mark sind unsere Kolonien wert! 100 Milliarden hat man aus gerammt; wir müssen sie wieder haben, sonst geht unser Volk zugrunde! — Es ist deshalb notwendig, den deutschen Arbeitern beizubringen klar zu machen, auf welche Weise die „Schätzung“ des Herrn Dir zustande gekommen ist. Da dies in den Agitationsreden noch weniger beachtet werden wird, seien zunächst folgende Punkte festgehalten:

1. Herr Dir selbst nennt keine Angaben nicht Ermittlungen der beteiligten, sondern vorzüglicher „Schätzungen“.
 2. Die Schätzungen basieren nicht auf ihm, sondern auf anderen Seiten, die er nicht nennt.
 3. Die Schätzungen sind höchst verzerrt, die kleinste 30, die größte 100 Milliarden Mark (was aber nicht verhindern dürfte, daß die Agitatoren bald nur von 100 Milliarden reden werden).
 4. Für die Schätzungen werden nicht die geringsten Unterlagen angegeben, so daß man sie in keiner Weise nachprüfen kann. In der Form, wie sie in der Broschüre stehen, sind es leere Behauptungen.
- Aber selbst aus leeren Behauptungen sind sie noch ausnehmend wichtig, so daß man ihnen mit der Bezeichnung „Milchmädchenrechnung“ fast noch zu viel Ehre antut.
- Schon wenn man ermitteln wollte, was die deutschen Kolonien im Jahre 1914 oder zu irgend einem anderen Zeitpunkt wirklich wert gewesen sind, würde ein gewissermaßen Berechnung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, weil die Nachweise ganz willkürlich sind. Beispiel ist ein Besondere Urnab wert! Beispiel ein Gebirgsmeter Wasser oder ein Gebirgsmeter von einem See? Aber das tut Herr Dir

nicht einmal und seine „Schätzung“ auch nicht. Sie befürchten offenbar, daß dabei zu wenig herauskäme. Deshalb legen sie statt dessen den Wert, den die deutschen Kolonien später einmal, nach günstiger Weiterentwicklung, gehabt haben würden! Aber woher wissen sie das? Nun, sie wissen es überhaupt nicht, sie nehmen es einfach an! So steht die Grundlage aus, auf der diese waderen Patrioten das Volk „belschren“. Aber welche unerhörten Spiel treiben sie selbst auf dieser Grundlage noch! Da liest man zum Beispiel auf Seite 33:

„Die Schätzung lehnt die in absehbarer Zeit (das heißt wenn die Kolonien nach dem Kriege in deutschem Besitz geblieben wären) zu erwartende Reduzierung des deutschen Bedarfs an kolonialen Rohstoffen auf mindestens ein Drittel des Gesamtbedarfs an.“

Das sind bereits lauter Quitschlösser. Kein Mensch kann wissen, wie die Dinge gelaufen wären, wenn... Wohl aber wissen wir, daß nur Ostasien eine irgend nennenswerte Produktion hatte. Aber nun nimmt die Schätzung überdies noch als selbstverständlich an, daß „Deutschland“ einen Vorteil davon hat, wenn es mit eigenen Kolonien statt mit fremden handelt, und schätzt diesen Vorteil auf 250 Millionen Mark jährlich bei der Einfuhr und ebensoviel bei der Ausfuhr. Wieder ganz willkürlich. Nicht „Deutschland“ würde einen Vorteil haben, sondern nur eine Handvoll deutscher Kapitalisten. Und warum es gerade 500 Millionen jährlich sein sollen, wird nicht gesagt; man soll es einfach glauben. Dann aber kommt etwas ganz Tolles: Da inzwischen die Preise gestiegen sind, sei es „nicht zu hoch gerechnet“, wenn man die 500 Millionen verdoppelt und 1000 Millionen setzt! Das ist das Geschwätz meiner Nachbarin: 50 A haben oder nicht haben macht einen Unterschied von 100 A. Es ist einfach unmöglich, zu glauben, daß die Herren „Schätzer“ die Verlogenheit dieser Methode nicht kennen sollten. Diese auf so unerhörte Weise errechneten 1000 Millionen sind nun aber aber der Fels, worauf alles weitere ruht. Sie nämlich werden „mit 5 v. H. kapitalisiert“ und ergeben somit „einen Kapitalwert von 20 Milliarden Mark“. Weshalb so behaupten? Die 1000 Millionen sind doch nur der Gewinn der Händler bei Ein- und Ausfuhr. Wo bleiben die Profite der Plantagenbesitzer, der Eisenbahnkapitalisten, der Spekulanten in Kolonialpapieren? Da kann man doch ebenjogut „mit 5 v. H. kapitalisieren“ und dann hat 20 auch 200 oder 300 Milliarden herausgerechnet. Sie wären genau so wohl begründet wie die 20.

Übrigens sind die Schätzer mit den 20 Milliarden auch keineswegs zufrieden. Sie rechnen weiter: den Verlust von Anlagemöglichkeiten für deutsches Kapital (als wenn englische Gesellschaften kein deutsches Kapital annehmen!), den Verlust von Anlagemöglichkeiten für Auswanderer und die angelegene Einlage an über den Gütern“. Wir haben bisher nicht gewußt, daß man dicke Güter in bar anverleihen kann; der kapitalistischen Moral aber scheint das eine Kleinigkeit. Denn für alle drei Posten zusammen „veranschlagen“ die Schätzer nochmal 30 Milliarden Mark, wiederum ohne mit einem Wort zu verraten, wie



Familie und Heim



Die alternde Frau

Wenn sich die vierziger Jahre dem Ende nähern, beginnt für die Frau die kritische Zeit der Wechseljahre — ein Lebensabschnitt, der mit mehr oder weniger ausgeprägten eigentümlichen Erscheinungen verbunden zu sein pflegt. Das Besondere dieses Abschnittes liegt in dem allmählichen Erlöschen der Eierstocksfunktionen: die alternde Frau verliert die Fähigkeit, Eier zur Reifung zu bringen, die monatliche Blutung bleibt aus und auch die sonstige Arbeit des Eierstocks, die er bisher für den Organismus geleistet hat, hört auf.

Die Wechseljahre — das Klimakterium — liegen im allgemeinen zwischen dem 45. und 54. Lebensjahre; gewöhnlich zwischen dem 47. und 48. Jahre. Sie belaufen sich durchschnittlich auf 12 bis 24 Monate; bei manchen Frauen sind sie von kürzerer, bei anderen wiederum von längerer Dauer. Die Meinung, daß Frauen, deren Menstruation frühzeitig begonnen hat, später in die Wechseljahre kommen, andererseits Frauen mit später auftretender monatlicher Blutung frühzeitig in die „Wechseljahre“ eintreten, dürfte irrig sein. Es ist jedoch zuverlässig bekannt, daß bei Frauen, die an Zuckerkrankheit, Basedow'scher Krankheit u. dergl. leiden, die Blutungen vielfach vorzeitig fortbleiben.

Das Hauptanzeichen der Wechseljahre — des Klimakteriums — ist das Aufhören der monatlichen Blutung; und zwar erfolgt dies nicht mit einem Schläge, sondern allmählich werden die Blutungen schwächer, sie treten in größeren Abständen auf, um sich schließlich ganz zu verlieren. Mit diesem — auch für den Nichtarzt leicht erkennbaren — Vorgang gehen gewöhnlich mannigfaltige Veränderungen körperlicher und seelischer Natur einher, die — wie kürzlich Prof. G. Symer, Innsbruck, in einer vorzüglichen Arbeit über „Das Klimakterium“ hervorhob — nun im Gegensatz zum Aufhören der Menstruation nicht mehr als normal aufzufassen sind. Immerhin gibt es Ausnahmen, bei denen die Wechseljahre ohne erkennbare „Störungen“ einhergehen. Bei der Mehrzahl aller Frauen jedoch treten in diesem Zeitabschnitt tatsächlich wahrnehmbare und persönlich empfundene Erscheinungen auf. Die eine Gruppe ist durch zunehmende Wohlbeleibtheit, die andere durch Abmagerung gekennzeichnet, und zwar neigen an und für sich unterjüngere Frauen mehr zu starkem Fetttanlag, vorwiegend an der ganzen unteren Körperhälfte, einschließlich der Beine, während die hageren Frauen anfangen, noch dünner und knochiger zu werden. Ihre Gesichtszüge werden schärfer, an Rinn, Wangen und Oberlippe kommen lange, borstenartige Haare zum Vorschein; das ganze Aussehen wird männlicher, auch die Stimme nimmt allmählich eine rauhere Klangfarbe an. Bei den Fettleibigen dagegen zeigen sich sehr häufig Erweiterungen der Blutadern im Gesicht.

Von den Beschwerden sind am bekanntesten die heißen Wallungen, von denen die klimakterischen Frauen befallen werden. Sie dauern etwa zwei Minuten, klingen ab und wiederholen sich. Oft setzen diese Störungen schon vor Abnehmen der monatlichen Blutungen ein und bilden dann vielfach das erste Anzeichen des beginnenden Klimakteriums. Ebenso wie die Wallungen stehen die oft unerträglichen Kopfschmerzen während der Wechseljahre unter dem Einfluß des Nervensystems; auch hier handelt es sich um Störungen im Bereich der Blutgefäße. Hierzu gehört ferner: zeitweises Rot- und Blauwerden des

Gesichtes, Schweißausbrüche, Schmarwzwerden vor den Augen, Hitzegefühle, Ohnmachten, Krabbeln in Fingern und Zehen, wobei die Glieder blaß und bläulich werden und das Gefühl des Eingeschlafen- oder Abgestorbenseins in Armen und Beinen auftritt. Wohl in sämtlichen Körpergegenden können „Gefäßnervenschmerzen“ empfunden werden. Vielfach wird über nervöse Herzbeschwerden geklagt, die mit Vorliebe nachts auftreten und die Patientinnen sehr peinigen können.

Charakteristisch für die Wechseljahre ist eine niedergedrückte Stimmung, gepaart mit Angstzuständen; fast regelmäßig besteht geistige Ermüdbarkeit und oft eine auffallende Gedächtnisschwäche. Nicht selten treten auch wenig angenehme Eigenliebschaften auf, wie: Lügenhaftigkeit, Klatschsucht, Herrschsucht, Eifersucht usw. Allmählich jedoch klingen auch diese psychischen Störungen ab und die Frau gewinnt nach und nach ihr seelisches Gleichgewicht wieder.

Im übrigen kann man bei genauer Beobachtung feststellen, daß alle diese Begleiterscheinungen der Wechseljahre — wenn auch weit weniger ausgesprochen — schon zur Zeit der Geschlechtsreife, bei und vor der monatlichen Blutung und während der Schwangerschaft sich zeigen können. Die Frauen aus den ärmeren Bevölkerungsschichten, die tagaus, tagein hart zu arbeiten haben, haben in der Mehrzahl unter geringeren Beschwerden zu leiden, als die verärgeltesten Frauen aus den wohlhabenden Kreisen, die genügend Zeit besitzen, sich mit dem „Problem des Klimakteriums“ zu beschäftigen.

Was die Behandlung der klimakterischen Beschwerden anbetrifft, so bedürfen die allmählich schwächer werdenden Blutungen im allgemeinen keiner ärztlichen Versorgung. Wohl aber ist sofort ärztlicher Rat in Anspruch zu nehmen, wenn sich die Blutungen häufen. Zur Verringerung der allgemeinen Störungen stehen dem Arzt eine Reihe von Medikamenten zur Verfügung. Gegen die Übererregbarkeit der Gefäßnerven hat sich die Behandlung mit Kalk und Brom bewährt. Krabbeln und Absterbegefühle werden durch warme Bäder günstig beeinflusst. Blutarmut während der Wechseljahre macht nicht selten Darreichung von Eisen erwünscht. Vor allem jedoch sind die Bestrebungen, mit Hilfe von tierischen Eierstockpräparaten den Ausfall der Eierstockfunktionen zu ersetzen und dadurch die klimakterischen Beschwerden zu lindern, sehr beachtenswert. Ungemein wichtig ist ferner die seelische Beeinflussung der alternden Frau durch den Arzt, die in Ausnahmefällen sogar in Hypnose bestehen kann. Eine Verhütung der klimakterischen Beschwerden ist kaum möglich; jedoch vermag eine hygienische Lebensführung die Leiden der Wechseljahre zu mildern. Der drohende Fetttanlag wird am ehesten durch eine Obst- und Gemüsekost hintangehalten. Diese Ernährungsform hat auch den Vorzug, daß sie gleichzeitig der Darmträgheit entgegenwirkt. Der Genuß von Eiern, Fett und Fleisch, vor allem auch der Mehlspeisen ist tunlichst einzuschränken. Wenig oder gar kein Zucker; viel rohes Obst und Gemüse; geringe Zufuhr von Flüssigkeit und Salz; reichlicher Luftentzug und Bewegung in frischer Luft. Mit Rücksicht auf die Blutdrucksteigerung sollen Gewürze, Kaffee, Alkohol und Nikotin vermieden werden. Dagegen haben lauwarme Bäder, kühle Waschungen und Gymnastik gute Erfolge.

Dr. M. Berlin.

Ist unser Haushaltsgerät praktisch?

Leichtes Reinigen, Ersatzteilbeschaffung

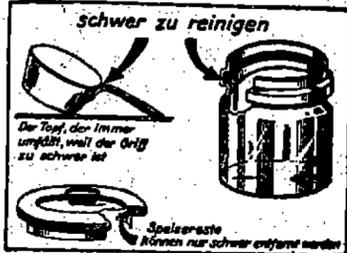
Mehr als für die Hersteller und Händler ist es für die Hausfrauen von Belang, daß unsere Haushaltsgegenstände so praktisch wie nur möglich sind. Was aber heißt das? Daß eine Kanne, ein Topfdeckel oder ein Einlochglas praktisch genannt werden kann?

Da sind vor allem zwei Punkte zu beachten: erstens müssen diese Sachen leicht zu reinigen sein, denn das Säubernmachen ist gewissermaßen eine unproduktive Arbeit und kostet uns oft unnötig viel Zeit, die besser angewendet werden könnte. Da gibt es Töpfe, die nicht nur umklappen, wenn sie leer sind, weil ihr Griff zu schwer ist, sie haben zwischen Topfband und Griff oft noch eine schlecht zugängliche Stelle, die aber sorgfältig abgetrocknet werden muß, wenn sie nicht vom Rost zerfressen und der Topf vorzeitig unbrauchbar werden soll. Darum gilt es, schon bei dem Einkauf darauf zu achten, daß das Geschirr keine engen, schwer zugänglichen Stellen hat, die uns das Reinigen unnötig erschweren; und man scheue sich nicht, den Händler auf solche Mängel aufmerksam zu machen.

Zweitens gehört zu einem wirklich praktischen Wirtschaftgegenstand, daß Ersatzteile leicht zu beschaffen sind. In dieser Hinsicht ist es aber heute noch sehr schlecht bestellt. Es ist nicht mehr lange hin, dann werden wir uns an das Einloch machen, und wenn wir unseren Bestand an Einlochgläsern befehen, werden wir vielleicht entdecken, daß von dem einen Glas der Deckel zerbrochen ist, und im anderen Fall das Glas einen Sprung bekommen hat, während der Deckel noch ganz ist; auch sind einige Gummiringe hart geworden und müssen ersetzt werden. Da wäre es nun praktisch, wenn man den übriggebliebenen Deckel und das aus den Scherben gerettete Glas weiterverwenden könnte. Das ist aber in den meisten Fällen nicht möglich, weil beides nicht zueinander paßt; und will man in einem Wirtschaftsgeschäft Ersatzteile kaufen, so erhält man oft die Auskunft, daß gerade dieses Fabrikat nicht mehr hergestellt wird. Ein anderes Geschäft wieder führt das betreffende Modell vielleicht nicht. So sucht man weiter, mitunter mit, oft ohne Erfolg, und es bleibt nichts anderes übrig, als einen vollständigen Satz (Glas, Deckel und Ring) zu kaufen, wo anderenfalls der Schaden mit einigen Pfennigen hätte behoben werden können. Man läßt sich aber vielleicht auch, um Geld zu sparen, verleiten, einen Deckel und ein Glas zu verwenden, die u n g e f ä h r zueinander passen und muß nach einiger Zeit feststellen, daß der Inhalt verdorben ist.

Der Grund zu diesen Unzulänglichkeiten und Verlusten liegt darin, daß es heute noch zu viele verschiedene Glasarten gibt. Deshalb bemühen sich heute Hausfrauenvereine gemeinsam mit den Herstellern und den Händlern darum, daß alle Einlochgläser künftig nur noch zwei Größenarten, natürlich aber in verschiedenen Höhen, hergestellt werden sollen. Wenn dies erreicht ist und dann etwas ergötzt werden muß, wird es leicht sein, Ersatz zu bekommen, denn diese zwei Größen lassen jedes Geschäß leicht vorrätig halten, nicht aber die vielen, die es heute gibt.

Welche Hausfrau hat nicht schon ihren Ärger mit dem Bürstenstiel gehabt, der in der Bürste nicht festhalten will? Warum sind die Kerze oft dünner schneiden oder mit Papier umwickeln muß, damit sie in den Leuchter paßt? Jede Schreibfeder paßt in jeden Federhalter! Warum muß jedes Nähmaschinenstiel seine besonderen Nadeln haben? Diese wenigen Beispiele zeigen, daß unser Wirtschaftsgerät noch weit entfernt ist, wirklich praktisch zu sein, und es konnte viel Geld und mancher hergebrachte Gang erspart werden, wenn diese Dinge einheitlich gestaltet würden.



Unzweckmäßiges Küchengerät

Frauen vor dem Spiegel

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du
In manchen Nächten, ehe zur Ruh
sie gingen und lächelten die Gewißheit in sich bargen,
daß sie mit ihren Keulen nicht zu kurzen
brauchen vor dem Liebsten.

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du
in manchen Nächten, ehe zur Ruh
sie gingen und bedachten nicht,
daß ihres Körpers Schönheit, ihrer Augen siegesthaft Licht
nur Zufallsprodukt allmächtiger Natur.

Viele junge Frauen standen vor dem Spiegel so wie du
in manchen Nächten, ehe zur Ruh
sie gingen und suchten ihrem Schicksal,
weil nicht vollkommen die Gestalt und bittere Lebensqual
an ihrer stolzen Seele nagt.

Sie aber waren doch die Reichen und Vollendeten:
wenn sie der Sehnsucht Wünsche in ihr Innem wendeten,
erklärten Geist und Herz in reiner Harmonie
und sie erstrahlten schön wie nie
zuvor als Glanz der Erde.

Karl Offenburg.

Eine Nacht

Es war ein blauer Dunst, in den Bettina hineinsah, als sich ihre Augen öffneten. Tröstend kam er, aus Fernen fliehend, und das Dunkel des Fensterkreuzes bohrte sich hinein mit geraden, schmalen Flächen. Bettina streckte sich ein wenig auf ihrem Lager und fühlte, daß sie es war, die wieder atmete und als leichte Ahnung einer Melodie durch dieses blaue, schwebende Dämmern floß.

Mein Kind lebt! dachte Bettina und war plötzlich eine Schauende und eine Gehörnde.

Jemand ging nach dem elektrischen Schalter. Licht floß nun aus hellen, stillen Schalen von der Decke hinab. Die Nacht war also schon gelommen. Irrende eine singende Nacht, die alles in sich trug, den Sturm und das Schweigen, Leben und Tod... Sterne... viele helle Sterne...

Bettina atmete glücklich und schwer. Nun war alles gut. Nun sang das junge Jahr in ihr. Das junge Jahr, das draußen lächelte über dem wartenden Lande. Vielleicht würde der Schnee, der in den harten Furchen noch liebt, schon leise schmelzen. Und die schwarzen Bäume sahen wieder aus wie traurige Frauen, die ihre Arme in die Höhe hoben. Bald würde der Winter vorüber sein. Der weite Himmel, brennend in Vorfrühlingssehnen, würde sich rings an den Horizonten biegen. Selbstsame Spannungen brachen dann aus seinen Fernen. Das Licht kam gegangen des Morgens, wenn der Schlam an den Ufern des Stromes den Nebel emporwie wie Opferdampf.

Das alles würde Bettina aber nun nicht mehr sehen. Sie würde irgendwo in einer Stube sitzen, die vielleicht eng war und dunkel, und würde sich über die Arbeit beugen. Gurr... jurr... ging die kleine Nähmaschine dann von morgens bis abends.

Bettina presste die Hände ineinander. „Arbeiten“, dachte sie... „schaffen...“ Denn nun hatte sie ein Kindlein. Neben an dem Wabesaal hörte sie sein schreiendes Stimmchen erklingen. Sie lächelte und schloß die Augen und dachte an das blaue, dämmernde Band mit seinen horchenden Straßen, und dachte an eine kleine Wiege und an eine surrende Maschine in einer engen Stube.

Die weißen Schwestern kamen und legten Bettina auf die Bahre. Als man sie durch lange, hallende Gänge trug, kam eine leise Erwartung über sie. An den großen Saal dachte sie, in den man sie betten würde. Lauter Mütter lagen dort; stille, weiße Wöchnerinnen, die noch leise zitterten und ganz verfallen waren in kleinen, kleinen Seelen.

Man legte Bettina in ein schmales Bett. Ihr Herz begann zu pochen. Denn nun fühlte sie dunkel, daß sich hier etwas zusammenpreßte, etwas Ungeheures und Schweres. Es schien, als ob der hohe Raum geladen sei mit einem einzigen, großen Wissen, mit Wallen von tragischen Schicksalen, die einem den Atem nehmen wollten. Erstaunen faßte sie.

Und dann begriff sie. Es war ja der Saal der Unheiligen, in dem sie nun lag. Da begann Bettina zu weinen, lautlos und bitterlich. Bis man ihr das Kind brachte. Da lächelte Bettina...

Und sie lächelte auch weiter in dieser seltsamen Nacht. Sie öffnete ihr Herz weit; da schwarz es sich schloß mit in Grauen und Wunder. Im grünlichen Schein des Nachlichtes richteten sich Gestalten empor von hellen Lagern; die tuchten wie ein Ring um sie, fragten in trauriger Reugierde so traurige Dinge. Verrätene Liebe zitterte noch leise durch flüsternde Stimmen, die zu ihr, der Neuen, reden wollten. Verrätene Liebe und der Schmerz der einsam Gebährenden...

Bettina zitterte, aber sie hielt stand. Nie hatte sie ihre junge, starke Kraft so strömen lassen, nie hatte sie so sehr empfunden, wie alles Notwendigkeit sei, was Leben in sich trägt.

Notwendigkeit... das Gute, wie das Böse. Und die Menschen meinten zu hoffen und zu lieben, und es war kein Gaf und keine Liebe... es war wieder... Notwendigkeit. Das Unbegreifliche und das Einfache schwang mit gleichem Puls durch die Kopfnende Menschenbrust. Bettina atmete tief. Aber mußte es nicht einen Weg geben, einmal einen Weg geben, aus der Notwendigkeit heraus in die Liebe oder in die Freiheit?

Wo war die Liebe? Sie waren alle noch so tief barinnen verfunken, in der Notwendigkeit, die Menschen. Gab es überhaupt Liebe... Freiheit...?

Ränge grüßte sie; eine Wache... eine Keuerwecke... indes ihre Hände still über der Brust gebettet lagen.

Und dann kam ein grauer Morgen. — Die Nacht schwebte fort in einem singenden Rinde, der die Farben des Frührotes gegen die Fenster des Saales warf.

Das Leben erwachte leise wieder in diesem Saale. Die Neugeborenen schrien — sie hatten Hunger.

Erstküttert hörte Bettina den Chor der kleinen Stimmchen. Und sie begriff plötzlich den Ursprung der Liebe, dennoch der Liebe, als sie sah, wie blaße, schmerzreiche und einsame Mütter ihr Kind an die Brust legten.

„Es ist alles gut“, dachte Bettina und breitete lächelnd die Hände ihrem Kindlein entgegen. Margreth Mengel.

Aus der Geschichte des Strumpfes

Der Strumpf, der heute zu den unentbehrlichsten Kleidungsstücken unserer Frau zählt, ist noch keine 400 Jahre alt. Erst in den Chroniken aus der Zeit um 1550 wird seiner Erwähnung getan. Er kam damals als Ervingenschaft und Begleitung der neuen Männermode der Knieshojen, deren ästhetischer Reiz durch schon bestrumpfte Waden ergänzt werden mußte. Die Frauen ahmten diese Neuheit sofort nach und verbargen unter ihren langen Röden schöne seidene Beinbekleidungen. Sehr beliebt waren vor allem die filzseidenen Strümpfe aus Florenz, denen sofort alle Herzen entgegenzlugen, als sie auf den Markt kamen. Angelegenheit der Bürgerfrauen wurden Strümpfe aber erst, als ihre Herstellung durch die Erfindung der Strickstrumpfmachine des Engländer William Lee aus Cambridge im Jahre 1589 wesentlich verbilligt werden konnte. Von diesem Jahre ist denn auch eigentlich der Beginn des Triumphzuges der Strümpfe durch die Welt zu datieren. Doch blieb ihr Gebrauch noch lange Zeit im wesentlichen ein Vorrecht der Reichen. Als der blauearbkönig Heinrich VIII. von England aus Spanien ein Paar sehr fein gestrickter Seidenstrümpfe zum Geschenk erhielt, war das noch so etwas wie eine Haupt- und Staatsaktion. Und auch Elisabeth von England machte von ihren seidenen Strümpfen noch besonders Aufsehen.

Freilich hatten die Frauen dieser Zeiten es besonders schwer, ihre Strumpfkostbarkeiten zu zeigen: die Röcke hingen ja bis auf die Erde und verbargen selbst die schönsten Beine mit allem Drum und Dran. Laut sang darum der Schrei des Strumpfes nach der Sonne. Was nicht schließlich die schönste Kostbarkeit, wenn andere sie nicht sehen und sich daran verlustieren oder ärgern können, je nachdem?

Ihre Glanzzeit hat die Seidenstrumpfmode während des französischen Rokoko bis zur Großen Revolution gefeiert. Dann kamen mächtigere Zeiten, bis die moderne Industrie den Seidenstrumpf zum Massenartikel machte und die Schrumpfung der Röcke nach oben den Strumpf zum herrschenden Bestandteil des weiblichen Anzuges erhob.

... etc...

Normung von Möbeln. Vertreter der Architektenschaft, der Hausfrauenvereine, der Möbelschneider, Haushaltungsvereine und Möbelindustrie befaßten sich kürzlich mit der Frage der Normung von Küchen-, Wohn- und Schlafzimmersmählern für Kleinwohnungen. Herr Sander vom Deutschen Normenausschuß berichtete zuerst über frühere Versuche in dieser Richtung, die unter dem Einfluß der Inflationszeit zu keinem Ergebnis führten, und begründete die Wiederaufnahme dieser Arbeit damit, daß die Arbeiten des vom Reichrat eingesetzten Normenausschusses die Normung der Grundrißmaße für Möbel der Kleinwohnungen erheischen. Erst durch die Ausmählung der Grundriße der Innenräume lasse sich deren Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit feststellen. Die Aussprache galt zunächst der Grundrißmaße der Küchensmähel. Die Erörterung der im Handel befindlichen Arten verschiedener Typisierungsversuche, neuer Vorschläge für Kücheneinrichtung und der Bedürfnisse der Hausfrauen führte zu dem Beschluß, sich zunächst nur zu befaßen mit den zurzeit nicht fest eingebauten Küchensmählern für Kleinwohnungen. Nach ausführlicher Aussprache einigte man sich auf folgende Maße: Küchentisch 60 x 110 Zentimeter, zweifelhiger Spültisch 60 x 110 Zentimeter, einseitiger Spültisch 60 x 60 Zentimeter, Küchenschrank oder Wüschel 60 x 110 Zentimeter, einzelne Elemente für kombinerbare Küchenschränke 60 x 48 Zentimeter, Speiseisenschrank 60 x 48 Zentimeter, Anrichte 60 x 90 Zentimeter. Für die Festlegung der Grundrißmaße der Wohn- und Schlafzimmersmähel wurde eine weitere Sitzung in Aussicht genommen.



Betrieb und Betriebsrat



Was der Betriebsrat sieht

Diese beachtenswerten Ausführungen entnehmen wir etwas gekürzt der Gewerkschafts-Zeitung:

Die seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes verstrichenen sieben Jahre dürften den Versuch rechtfertigen, die Wirkung dieses Gesetzes darzustellen. Das soll in folgendem geschehen, und zwar auf Grund von eigenen Beobachtungen.

Ganz allgemein kann man wohl sagen, daß sich die Arbeitgeber mit dem Vorhandensein eines Betriebsrats und seinen mehr oder weniger starken Versuchen, Einfluß zu gewinnen, abgefunden haben. Immerhin soll es auch heute noch Betriebe geben, die keinen Betriebsrat haben, da die Arbeitnehmer, anscheinend aus Furcht vor Entlassungen, eine Wahl nicht zu fordern wagen. Hier liegt offenbar eine Lücke in der heutigen Gesetzgebung vor; denn nach § 23 Abs. 2 BGG hätte in einem solchen Fall der Arbeitgeber vor sich aus einem aus den drei Klassen wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bilden. Erfolgt auch dies nicht, so ist dann die gesetzliche Macht, die die Erfüllung der Vorschriften des BGG sichert? Als in einem ähnlichen Fall die Gewerkschaft beim Staatsanwalt als Kläger auftrat, wurde sie als nicht berechtigt abgewiesen. Die Spruchpraxis der Arbeits- und Schiedsgerichte, wie sich diese in den letzten Jahren herausgebildet hat, erregt großes Mißtrauen bei den Arbeitnehmern und lähmt dadurch die Betriebsrätebewegung.

Eine weitere Schwierigkeit für die Betriebsräte großer Unternehmungen, die selbständige Betriebe in verschiedenen Teilen des Reiches haben, ist darin begründet, daß der im Artikel 165 Abs. 2 und 3 der Reichsverfassung vorgesehene Ausbau der in diesem Artikel vorgesehenen Organisationen nicht durchgeführt ist. Es fehlt noch an den Bezirksarbeitsräten und Bezirkswirtschaftsräten. Was wir uns einmal den Aufbau des Betriebsrats einer großen Unternehmung klar. Die Mehrzahl ihrer Arbeitnehmer wird am Ort der Hauptniederlassung beschäftigt sein. Sie werden also hiesige Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte zu wählen haben, als Betriebe dieses Unternehmens im Sinne des § 9 Abs. 2 BGG vorhanden sind. Diese einzelnen Betriebsräte werden in der Regel zur Erledigung von Fragen, die alle Arbeitnehmer des Unternehmens angehen, zum Beispiel Beteiligung an der Verwaltung von sozialen Einrichtungen, zweckmäßigerweise einen Gesamtbetriebsrat wählen. Aber auch ein solcher wird durch die große Anzahl seiner Mitglieder für erfolgreiche Arbeit noch sehr behindert sein. Deshalb hat es sich in der Praxis eingeführt, daß der Gesamtbetriebsrat auf Grund der §§ 55 und 34 BGG einen Arbeitsausschuß bildet, der nach den Beschlüssen des Gesamtbetriebsrates seine Tätigkeit einrichtet hat. Ein solcher Ausschuß hat sich besonders dann als sehr nützlich erwiesen, wenn die Betriebsräte der einzelnen Betriebe mit der betreffenden Betriebsleitung zu keinem Ergebnis kommen konnten, da diese, oft aus unbegründeter Furcht vor der Gesamtleitung, vielfach päpstlicher als der Papst sind, vielfach aber auch aus persönlichen Gründen nichts mit dem Betriebsrat zu tun haben wollen. Hat es sich in der Praxis doch häufig gezeigt, daß die wirklich führenden Männer einer Unternehmung viel mehr Verständnis für die Aufgaben und die Bedeutung des Betriebsrats haben als ihre nachgeordneten Stellen, zum Beispiel Betriebsdirektoren, Assistenten, Privatsekretäre oder wie die Funktionen sonst heißen mögen, an die sich der Betriebsrat eines Einzelbetriebes gewöhnlich zu wenden hat.

Biel schwerer ist ein erfolgreiches Eingreifen des Ausschusses des Gesamtbetriebsrats für die Betriebsräte solcher Betriebe des Unternehmens — und damit kommen wir auf den ersten Satz des vorigen Abschnitts zurück —, die sich nicht am Platz der Hauptniederlassung des Unternehmens, sondern irgendwo im Reich befinden. Unterliegen doch hier sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ganz anderen Bindungen (zum Beispiel durch Tarifverträge, durch örtliche Gewohnheiten in der Einteilung der Arbeitszeit, die dem Ausschuß des Gesamt-

betriebsrates oft gar nicht hinreichend bekannt sind und sein können. Hier fehlt die in der Reichsverfassung vorgesehene organische Zusammenfassung in Bezirksräten. Ein nur notdürftiger Versuch, diesen Schwierigkeiten zu begegnen, ist in der Entsendung einzelner Mitglieder des Gesamtbetriebsrates in die Orte der auswärtigen Betriebe des Unternehmens zu sehen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle kennenzulernen. In solchen Fällen zeugt es schon von ziemlichem Entgegenkommen der Gesamtleitung des Unternehmens, wenn diese solchen Studienreisen keine Schwierigkeiten bereitet.

So wenig Wert die Arbeitgeber auf die beratende Tätigkeit des Betriebsrats legen, so gern sehen sie seine Vermittlung, wie sie im § 66 Abs. 3, 6 und 7 und im § 74 vorgesehene ist. Gerade diese Tätigkeit stellt aber die größten Anforderungen an die Fähigkeit und die Geschicklichkeit des Betriebsrats, besonders dann, wenn er durch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft an bestimmte Richtlinien gebunden ist.

Sehr viel Gelegenheit zu vermittelnder Tätigkeit hat und bietet sich den Betriebsräten in der letzten Zeit im Zusammenhang mit den heute so beliebten Umbaumaßnahmen und Lohnherabsetzungen. Auch dabei ließ sich feststellen, daß Vermittlungsverhandlungen mit den obersten Spitzen einer Unternehmung leichter zu einem Erfolg führten, als mit besondern Beauftragten, etwa Juristen und Volkswirtschaftlern, die auf diese Weise ihre Daseinsberechtigung glauben beweisen zu können. Das zeigt sich auch in der starken Säuerung von Klagen vor den Schiedsgerichten, Kaufmanns- und Gewerbe-gerichten, die unter großem Zeugnisaufgebot um Klagerwerte angestrengt werden, die in keinem Verhältnis zum Zeitverlust und zu den aufgewandten Kosten stehen. Bei Einstellung von Angestellten erfolgt in der Regel keine Mitteilung an den Angestellten- oder Betriebsrat, während die Einstellung von Handwerkern oder Hilfsarbeitern bisweilen noch von der Betriebsleitung dem Betriebsrat angezeigt wird. Eine einfache Anzeige erfolgt auch in der Regel bei Entlassung von Angestellten nach vollzogener Kündigung an den Angestelltenrat, meistens noch mit dem Bemerkten, daß an eine Zurücknahme nicht gedacht werden kann. Ein Einspruch des Arbeitnehmers gegen die Kündigung über den Betriebsrat wird nur dann Erfolg haben, wenn zweifelsfrei unbillige Härte festgestellt werden kann.

Gute Erfahrungen hat man dagegen in einem Großbetrieb mit der Einsetzung einer Vertretung in einem Ausschuss gemacht. Sie ist paritätisch mit Mitgliedern des Betriebsrats und Vertretern der Geschäftsleitung besetzt. Die im Streitfall mitbeteiligten Kommissionsmitglieder scheiden bei der Verhandlung selbstverständlich aus. Leider zeigt sich aber auch immer wieder, daß Arbeitnehmer in völliger Unkenntnis ihrer Rechte und Pflichten die Mitwirkung des Betriebsrats zu Beilegung von Streitfällen ablehnen zu können glauben und dann sehr erkaunt sind, wenn ihnen nachher der „unfähige und schlappe“ Betriebsrat auch nicht helfen kann.

Nach noch schwieriger ist die Stellung des Betriebsrats, wenn er bei einem Streit zwischen mehreren Gruppen der Arbeitnehmer zu vermitteln hat. Eigentlich sollte das ja überhaupt nicht vorkommen; denn ein gutes Einvernehmen der Arbeitnehmer untereinander dürfte doch schon in ihrem eigenen Interesse liegen. Aber die starke politische Spaltung des deutschen Volkes macht sich auch hier bemerkbar, zumal die Arbeitgeber politischen Zwiespalt gern zu schüren suchen. So wird aus einzelnen Unternehmungen besonders über die Begünstigung rechtsradikaler Verbände geklagt. Auch zeigt die große Masse der nichtorganisierten Arbeitnehmer eine erschreckend geringe Kenntnis ihrer Rechte und Pflichten und eine ganz unverständliche Ablehnung, sich über alles, was mit den Gewerkschaften zusammenhängt, auch nur zu unterrichten. Dieses Verhalten wird ebenfalls gerne von den Arbeitgebern gestützt, die es lieber mit unorganisierten Arbeitnehmern ohne einseitig geleiteten Willen zu tun haben.

Wie stehts heute im Betrieb?

Es wird höchste Zeit, daß wir uns nicht nur mit dem Lohn und der Arbeitszeit, sondern auch ernstlich mit den Verhältnissen beschäftigen, die innerhalb der Betriebe herrschen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die sogenannte Rationalisierung ihre Wirkung nicht nur außen entfaltet, sondern in ganz erheblichem Maße auch nach innen. Die meisten der Augen- sehenden können sich einen Begriff davon machen, auf welche gewisse Weise es der Unternehmer versteht, aus der Arbeitszeit den letzten Rest herauszuquetschen.

Drei große Hilfsmittel sind es, deren sich der Unternehmer dabei bedient. Erstens die große Erwerbslosigkeit, zweitens die Stoppuhr und drittens geistige Vertilgung in Form von Kalkulationen, Konstruktoren, Inspektoren und Autribern, die selbst froh sind, daß sie für ihr tunliches Verdienst ein jämmerliches Gehalt nach Hause tragen können. Ein wenig gewerkschaftlicher Sinn bei diesen Leuten, es wäre für sie selbst und für die Arbeiterklasse ein gut Teil besser. Wer es täglich ansehen muß, wie sich diese Leute gegenseitig den Kragen abwaschen, wie es einer immer noch besser mag als der andere, der kann für sich selbst denken und noch tiefer Betrachtung haben. Da gibt es zum Beispiel Kalkulationen mit einer mächtigen Ausdehnung. Ein halbes ist es, mit der Stoppuhr zwei Schichten den zusammen zu einander zu setzen und ein anderes Morgen wieder päpstlich da zu sein, um weiter zu stoppen, zu rechnen, zu notieren, zu klabern und zu protestieren.

Doch das liegt alles im System begründet. Und wie sieht dieses System aus? Die Direktion irgend eines Betriebes kommt her und gründet ein sogenanntes Arbeitsbüro. Das besteht aus einem Leiter, mehreren Kalkulatoren, Konstruktoren, Zeit- schreibern usw., die die Aufgabe haben, den Betrieb nach außen hin wirtschaftlichen Gesichtspunkten anzusehen, dadurch die Produktionskosten zu vermindern und die Produktion zu steigern. Wie immer, entsteht bei Einführung von Neuerungen eine gewisse Unruhe in der Arbeiterklasse, die man dadurch zu beruhigen versucht, daß man den Arbeitern allerlei Versprechungen macht. Man verspricht ihnen, daß man mit allen Möglichkeiten im Hinblick auf Anstrengungen werde, daß jeder die Möglichkeit haben solle, sein Geld zu verdienen und durch-

führung der geplanten Maßnahmen würden die Arbeiter eine sichtbare Erleichterung feststellen können. Mag sein, daß die so redenden Ingenieure das Beste im Auge gehabt haben; aber die Wirkung ist doch heute eine ganz andere. Die Faust des Unternehmers, die auch diesen Angestellten im Rücken sitzt, erweist sich als härter. Nicht die Arbeiter sollen einen Vorteil bei anderen Maßnahmen haben, sondern die Firma, drückt sich der Direktor eines größeren Betriebes offen aus. Und nur nach diesem Grundlag wird verfahren, trotz aller Versprechungen der leitenden Angestellten. Es ist vorgekommen, daß Angestellte menschenlich gefandelt haben; sie sind geflohen oder durch den „richtigen Mann“ ersetzt worden. Der „richtige Mann“ wurde mit der Stoppuhr ausgestattet, um, wie man sich ausdrückt, die Abände zu regulieren.

Solch eine „Regulierung“ besteht darin, daß man sich nur die Abände herausmacht, wo ein Abzug vielleicht gerechtfertigt erscheint, dagegen alle schlechten Abände unberücksichtigt läßt. Man kommt also mit der Stoppuhr und macht eine „Zeitanahme“, die natürlich auch schon vorbereitet ist durch Beschaffen von guten Werkzeugen, Zustandsetzung der Maschine u. a., so daß alles bei der Zeitanahme klappt. Was nachher geht, kümmert natürlich diesen Kalkulator nicht. Diese Abnahme ist eine ungeheure, denn man schreibt bei der Zeitanahme höchste Lohnzahlen vor. Die Leistungsfähigkeit der Maschine läßt nach; aber der neue Arbeitspreis steht. Der Arbeiter hat das Nachsehen und er mag zusehen, wie er diesen Mangel ausgleichen kann. Auch muß man sich mit Vorliebe die menschen- und leistungsunfähigen Maschinen aus, um die besten Ergebnisse zu erzielen. Die anderen mögen zusehen, wie sie die fehlende Maschinenkraft durch Muskelkraft ersetzen.

Eine verhängnisvolle Methode ist das gegenseitige Auspielen der Kollegen, indem man bei mehreren Arbeitern eine Zeitanahme vornimmt, diese gegeneinander abmaßt, sich das Beste herausmacht und dann den Arbeiter je nachdem als gut oder minderwertig einstufte. Man will dadurch sozialel erreichen: erstens einen niedrigen Aufwand, zweitens Zeit und Streit unter den Kollegen.

Mit der Zeitanahme und Abfordersetzung ist natürlich die Sache noch nicht erledigt. Der Arbeiter wird heimlich beobachtet. Er wird beobachtet, um festzustellen, welche Vorteile er im Laufe der Zeit herausfindet. Darauf wird dann weitergebaut. Nach einer gewissen Zeit, wenn der Arbeiter durch Zündigkeit und durch Schinderei einen kleinen Mehrerwerb herausgeholt hat, wenn er eben noch an die letzte Zeitanahme und Abfordersetzung denkt, bekommt er schon einen Arbeitszettel mit dem Bemerkten: Also benachrichtigen, Zeitanahme — und das grausame Spiel geht von neuem los.

Technische Verbesserungen werden in letzter Zeit in großer Zahl vorgenommen; aber sie bringen dem Arbeiter keine Erleichterungen, denn die Abzüge, die dadurch entstehen, machen immer mehr aus, als die Verbesserung an Zeit erspart. Rationalisierung bedeutet verschärfte Form der Ausbeutung. Wann früher ein Arbeiter beispielsweise 20 Arbeitsstücke bearbeitete, so muß er heute 100 Stücke herstellen. Statt 20mal, muß er 100mal ein- und ausspannen, auf- und abspannen, er muß 5mal schneller und schwerer arbeiten. Die Maschine reißt ihn in ihren Bann, immer schneller werden die Bewegungen, die Faust steigt sich bis zum Wahnsinn, die Stirne brennt, die Kehle wird trocken, der Staub zerkratzt die Schweißhäute. Doch darauf zu achten, hat der Arbeiter keine Zeit. Nur nicht unterbrechen, denn man weiß nicht, ob man wieder in Gang kommt.

Erst nach dem Stillgehen der Maschine kommt der Arbeiter langsam wieder zum Bewußtsein. Groß und Erbitterung sammeln sich tagtäglich mehr bei ihm an; denn der Mensch läßt sich nicht ausschalten, auch durch die Maschine nicht. Die Unternehmung, die den Ertrag dieser verbrecherischen Art Rationalisierung ausschließlich in ihre Tasche stecken, die mit dem Körper und der Seele ihrer Arbeiter Schindelbretter treiben, werden das, was sie jetzt säen, bald zu ernten haben. Bl.

Besserer Verbandsschutz für die Betriebsräte

Die Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in der Reichstags-Sitzung am 11. März 1927 zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Regierung nicht gewillt ist, irgendwelche Verbesserungen des Betriebsrätegesetzes durchzuführen. Trotzdem der Reichsarbeitsminister zugibt, daß sich gewisse Unbilligkeiten herausgebildet haben, wird die Befestigung dieser Unzulänglichkeiten mit der Begründung abgelehnt, daß die Verhältnisse noch mehr gefestigt werden müßten. Der gewöhnliche Staatsbürger war bisher der Meinung, daß es die Aufgabe der Regierung ist, einmal erkannte Unbilligkeiten zu beseitigen. Die Ausführungen des Ministers haben aber gezeigt, daß er weiteren Schutz der Betriebsräte nicht für notwendig hält. Die unserer Zeitgenossen, die in der Obrigkeit die fleischgewordene Vorsehung erblicken, mögen sich ja bei der nichtislagenden Erklärung des Ministers beruhigen, die organisierte Arbeiterklasse aber hat nunmehr die Pflicht, ihre Waffenkammer einer Musterung zu unterziehen, um aus eigener Kraft die Bestrebungen der Unternehmer, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes wirkungslos zu machen, zu unterbinden.

Die Wurzel aller Unbilligkeiten, die sich aus dem BGG ergeben, ist die doppelte rechtliche Stellung des Betriebsrates. Während die Mitglieder aller anderen Körperschaften öffentlich-rechtlicher Natur einen weitgehenden Schutz genießen, der ihnen die Ausübung des Amtes sichert, ist der Betriebsrat dadurch, daß er als Arbeiter den Anordnungen des Unternehmers und seiner Vertreter Folge leisten muß, in seiner Tätigkeit außerordentlich beengt. Es wäre geradezu kindlich, anzunehmen, daß der Unternehmer diese ihm günstige Lage nicht auszunutzen. Geht es nicht an, den unbehaglichen Betriebsrat auf Grund des BGG loszuwerden, so findet sich im Betrieb immer die Gelegenheit, den Mann so lange zu drangsalieren, bis er verschwindet. Daß natürlich das Gefühl der Abhängigkeit die gesamte Haltung des Betriebsrates beeinflusst, ist durchaus verständlich. Aber während dies bei guter Geschäftslage verhältnismäßig wenig eintritt, ist heute, in der „Reinigungsphase“, die Furcht, arbeitslos zu werden, so verbreitet, daß in vielen Betrieben es nicht einmal möglich ist, einen Betriebsrat zu wählen. Besserung ist nur zu erwarten durch eine bessere geldliche Unterstützung der gemäßregelten Kollegen. Gewiß, wir haben die Maßregelungsunterstützung. Diese ist aber zugeschnitten auf Verhältnisse, wo es fast jedem Kollegen möglich war, innerhalb eines Vierteljahres wieder Arbeit zu finden. Bei der jetzigen Arbeitslosigkeit muß aber jeder Kollege damit rechnen, ein Jahr und darüber die „Stempelakademie“ zu besuchen. Da es unser aller Wunsch ist, die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit wirksam zu unterstützen, so bleibt uns kein anderer Weg übrig, als eine Verlängerung der Bezugsdauer der Gemäßregeltunterstützung. Schwierigkeiten geldlicher Art dürfen nicht dazu führen, diesen Vorschlag abzulehnen.

Vor einigen Jahren wurde in Unternehmungskreisen das Wort geprägt: „Guter Betriebsrat ist teuer.“ Die herausgehende Bedeutung dieses Wortes verschwindet, wenn es sich die Arbeiterklasse zu eigen macht und sich bereit erklärt, für die Unterstützung der Betriebsräte auch geldliche Opfer zu bringen. Sollte die Durchführung dieses Vorschlages bei dem jetzigen Beitrag nicht möglich sein, so muß für diesen Zweck der Beitrag erhöht werden. Kein Kollege, der Wert auf eine gute Betriebsvertretung legt, wird sich weigern, sein Scherlein dazu beizusteuern.

Die organisationsfördernden Wirkungen dieser Maßnahme liegen auf der Hand. Der gemäßregelte Verbandshelfer wird bei ausreichender Unterstützung dann auch im neuen Betrieb wieder bereit sein, seine Kraft und Fähigkeiten dem Verbands zur Verfügung zu stellen, während jetzt in vielen Fällen der Kollege im seiner Familie willen sich von jeder öffentlichen Betätigung zurückzieht. Aber auch die Haltung der im Amt befindlichen Betriebsräte wird freier und selbstbewußter dem Unternehmer gegenüber, wenn ihnen durch die Hilfsbereitschaft der Kollegen das Rückgrat gestärkt wird.

Aber noch ein anderes Ziel wird damit erreicht. Wie durch die Hilfsbereitschaft der Kollegen dem Unternehmer schon oftmals die Felle weggeschwommen sind, so wird auch in diesem Falle in den beteiligten Kreisen bald eingesehen werden, daß es keinen Zweck hat, durch wirtschaftliche Schädigungen die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit zu behindern, da stets neue Kollegen die Aufgaben erledigen, die für die gesamte Arbeiterklasse notwendig sind. Die Abschreckungspraxis der Unternehmer hat dann Einbruch erlitten und die Bahn wird frei für weitere Betätigungsmöglichkeiten der Betriebsräte. R. Sch., Berlin.



Technik und Werkstatt



Eisenguß für Kraftwagen.

Von Dr.-Ing. Otto Steinig

(Nachdruck verboten)

Vor einem Menschenalter fastete allen gegossenen Maschinenteilen der Geruch des Minderwertigen an. In der Qualitätsindustrie zeigte sich das Bestreben, wo es nur irgend anging, Gußstücke zu vermeiden und durch Stahl oder dergleichen zu ersetzen. Der Grund dieser Einstellung lag in der geringeren Festigkeit des Gußeisens, seiner Porosität und vor allem in seiner großen Sprödigkeit. Diese Eigenschaften sind eng mit der Natur des Verfahrens verknüpft. Die bei der Abkühlung und Erhärzung auftretenden Volumenänderungen ergeben Spannungen im Inneren, die schwer zu kontrollieren sind, kaum zu vermeidende Ungleichförmigkeiten der Dichte und die Neigung zu kristallartiger Verfestigung der Moleküle, durch welche Erscheinungen obige Nachteile erklärlich sind. Aber trotz aller dieser Umstände gab es im Bau hochwertiger Maschinen, vor allem in der rasch entwickelten Kraftfahrzeugindustrie immer wieder Fälle, in denen der Guß nicht entbehrlich werden konnte, da sich die komplizierten Formen der Gußstücke auf andere Art gar nicht oder nur mit ganz unverhältnismäßigen Kosten herstellen ließen.

So blieb nur der Ausweg, die Technik der Gießerei auszubauen und so zu vervollkommen, daß die Güte des Gußes eine bessere wurde, und dies ist tatsächlich in überraschend hohem Grade gelungen. Heute kann man an Qualitätsguß ganz bedeutende Anforderungen stellen, und das eingangs erwähnte Vorurteil gegen gegossene Teile ist im Schwunden.

Damit soll nicht bestritten werden, daß geschmiedete Stücke allgemein höhere Festigkeit aufweisen und sich für einfach geformte, aber hochbelastete Maschinenteile besser eignen. Es gibt aber viele Autoteile, vom Zylinderblock bis zum Vergaserdeckel, bei denen die Produktion durch Gießen heute technisch und wirtschaftlich überlegen ist. Wichtig ist dabei neben der Verbesserung der Fabrikationsweise auch die Verbesserung des Materials, die mit jener gleichen Schritt gehalten hat. Der gewöhnliche alte Grauguß ist im Automobilbau kaum mehr anzutreffen; an seine Stelle ist besonders dichtes Spezialgußeisen getreten. Daneben wählt der Konstrukteur zwischen Stahlguß und Aluminiumguß. Zahlreiche Sonderarten sorgen dafür, daß das Material den verschiedensten Zwecken auf das sorgfältigste angepaßt werden kann.

Die meisten Automobilfabriken verfügen selbst nicht über die notwendigen Einrichtungen und Erfahrungen, um Qualitätsguß selbst herstellen zu können. Sie beziehen daher die benötigten Gußteile von Werken, die diesen Fabrikationszweig als Sonderberuf pflegen. Insbesondere hat seit über zwei Jahrzehnten die Kleingießerei durch die Reifeherstellung von Gußteilen jeder Art für die Kraftfahrzeugindustrie große Bedeutung gewonnen. Zahlreiche führende Werke sind hierfür ständige Abnehmer. Es dürfte daher erwünscht sein, die Einrichtungen dieser wichtigen Werkstatt für Autoteile näher kennenzulernen.

Die Gießereien sind von einem engen Netz von Schmelzpflegern durchzogen. In allen Räumen sind Gebewerzeuge nach Maßgabe ihrer Bestimmung vorhanden. So überzieht eine kräftige Kranbahn das in große Taschen eingeteilte Rohisenlager, in dem die verschiedenen Sorten Rohisen eingeordnet werden. Jede Ladung faßt 50 bis 60 Tonnen. Das zum Schmelzen bestimmte Rohisen wird mit Lufthaube auf die Sichtbühnen befördert. Dort befindet sich eine Reihe von kleinen Vor-

ratsbüchern, in denen die Rohstoffe eingelagert werden. Das von den Gütern kommende Rohisen wird analysiert und dann nach Ergebnis der Analyse zu den einzelnen Kupolöfen gattiert. Die Läufe werden schließlich gewogen und durch Längsbahnen zum Ofen gebracht. Die Kupolöfen sind in der Mitte der Ofen Längswand jeder Gießerei untergebracht, um eine vorteilhafte und rasche Frierung des flüssigen Eisens nach jeder Stelle der Gießhallen zu ermöglichen. Die Beförderung des flüssigen Eisens erfolgt in kleinen kippbaren Tonneln oder im Kesselwagen. Die Schmelzleistung jedes Ofens beträgt 5 bis 9 Tonnen in der Stunde, das Fassungsvermögen des Vorherdes 8 bis 10 Tonnen.

Der zum Schmelzen nötige Wind wird von Kreisgebläsen, die hinter der Ofenanlage aufgestellt sind, geliefert und gelangt mit einer Preßung von 550 bis 650 Millimeter Wasserhöhe in die Düsen. Windmenge und Winddruck werden laufend aufgezeichnet. Die an vielen Stellen in der Gießerei nötige Druckluft von 6 Atmosphären wird von einer im besonderen Raum aufgestellten Kompressoranlage mit einer Ansaugmenge von 40 Kubikmeter in der Minute geliefert. Im besonderen wird diese Druckluft benötigt für die Mittelform- und Kernmaschinen, für die Preßluftstempel und Preßluftmeißel, für das Auspritzen der Formen mit Graphitschwärze und zum Ausblasen von Formen und schwierigen Gußstücken.

Die Nippenzylinder werden auf besonderen Formmaschinen mit Handbetrieb nach Metallmodellen, die Zylinder, Zylinderköpfe und andere Teile für den Fahrzeugguß auf Mittelformmaschinen nach Sandholzmodellen mit Metalleinlagen oder Eisenmodellen geformt. Die für die Zylinder nötigen Kernstücke bestehen meist aus Eisen. Die vielgestaltigen Kerne für den Fahrzeugguß werden aus besonderen Sandmischungen in der Kernmacherei hergestellt und in besonderen Öfen getrocknet. Dieser besondere Kernsand besitzt die Eigenschaft, daß er beim Ruhen der Gußstücke durch leichtes Klopfen herauszieht. Um ein Verziehen der Kerne während der Trocknung zu vermeiden, findet diese in Kernausgleichung statt. Vor dem Reihenguß werden einzelne Probestücke im Rohguß angeriffen und bearbeitet. Um eine durchweg gleichmäßige, gute Gattierung zu erhalten, wird der Schmelzvorgang ständig genau überwacht. Neben den Rohstoffen wird natürlich auch der fertige Guß laufend geprüft.

Die fertigen Gußstücke werden in der üblichen Weise in der Gußputzerei gereinigt, wobei der Staub durch zahlreiche Öffnungen im Boden in einen gemeinsamen Abzugskanal abgeführt wird. Die Putzerei enthält Sandstrahl-Putzmaschinen, Putztrommel-Bohrmaschine, Schmirgel- und Schleifmaschine. Der Formsand wird für die verschiedenen Gießereien in besonderen Aufbereitungsanlagen wiedergewonnen.

Für die chemischen, physikalischen und metallographischen Untersuchungen sind besondere Laboratorien vorgesehen. Durch diese Prüfungen wird eine gleichbleibende hochwertige Beschaffenheit der Gußstücke und ihre unbedingte Zuverlässigkeit unter der jeweiligen Beanspruchung sichergestellt. Nur auf diese Weise war es möglich, besonders wertvolle Schmelzungen zu erzielen, die neben hoher Festigkeit eine selten große Elastizität besitzen, was für dünnwandige Gußstücke, wie sie gerade die Kraftfahrzeugindustrie für den Zylinderguß benötigt, von großem Vorteil ist.

Zur Erklärung dieser merkwürdigen Erscheinung haben die Physiker den Begriff des Äthers in die Physik eingeführt. Diefem unsichtbaren, unspürbaren Stoffe werden alle jene Eigenschaften zugeschrieben, die sonst unerklärbar sind. Er kann vorhanden sein und mag ähnliche Eigenschaften haben wie die uns bekannten Stoffe, doch muß er unendlich viel feiner und dünner sein, so daß wir ihn mit unseren groben Sinnen nicht wahrnehmen können. Aber zu den Eigenschaften die uns bei allen anderen Körpern bekannt sind, müssen noch andere kommen.

Seit den Arbeiten der Physiker Thomas Young und Fresnel lassen wir das Licht als eine Wellenbewegung auf. Nun ist aber Licht eine transversale Wellenbewegung, das heißt die Bewegung jedes einzelnen Teilchens geht nicht in der Fortpflanzungsrichtung der Welle, sondern senkrecht zu ihr. Diese Erkenntnis wird durch einen Versuch mit zwei Turmalinplatten, durch die man das Licht hindurchtreten läßt, gewonnen. Das grün und braun gefärbte Turmalin ist ein Kristall, das nur eine kristallographische Hauptachse besitzt. Zwei Platten, die in der Längsrichtung der Hauptachse zerschnittene sind, lassen, wenn sie parallel zueinander aufgestellt sind, parallele Lichtbündel hindurch. Stellt man das Turmalin aber so, daß seine Achsen ein Kreuz bilden, so geht kein Licht hindurch. Im ersten Falle ist es so, als ob zwei Tore geöffnet seien, durch die jedermann auf gerader Straße ungehindert hindurchgehen kann. Im anderen Falle ist es so, als ob sich vor dem Wanderer plötzlich eine hohe, unübersteigbare Mauer aufwürme. Damit ist dann seiner Wanderung ein Ziel gesetzt. Nun kennen wir aber keinen flüssigen oder gasförmigen Körper, der transversale Wellen fort, das heißt solche, die in der Fortpflanzungsrichtung der Welle schwingen. Transversale Wellen gibt es nur in elastischen, festen Körpern. Daher nahm auch Fresnel an, daß sich der Äther wie ein elastischer, fester Stoff, zum Beispiel wie Stahl, verhalten müsse. Auch der große Physiker hat dieser Ansicht gehuldigt.

Schließlich ist man aber doch zu keiner anderen Erklärung als der gekommen, daß der Äther noch ein ganz anderer Stoff als jeder uns bisher bekannte sein müsse. Es ist versucht worden, den Begriff des Äthers anschaulich zu machen. Maxwell nahm ein System von Wirbeln an, um das sich andere Teile etwa wie Frictionsräder verschieben. Im elektromagnetischen Äther stellt man sich die Fortpflanzung der Welle als eine doppelte, ringförmige Verknüpfung von elektromagnetischen Erscheinungen vor, durch die die Fernkräfte als vermittelte Kräfte erklärt werden können, während die Anziehungskraft auch durch diese Theorie noch nicht erklärt ist. Der Phantase ist hier in der Tat der weiteste Spielraum gelassen. Niemand weiß, welchen Aufbau der Äther in Wirklichkeit besitzt; ob er ein einheitlicher oder zusammengesetzter Stoff, ob er lüdenlos oder atomistisch zerteilt ist. Hier ist der Spekulation einzuweihen noch Tür und Tor geöffnet. Wenn es aber einmal gelingen wird, die Lösung dieser Fragen zu fördern und den Scheiter vor dem Geheimnis, das den Äther umgibt, auch nur ein wenig zu lüften, dem wird in der Geschichte der Wissenschaft ein unvergängliches Denkmal gesetzt werden.

Die Ausbildung als Funker

Für den Beruf des Funkers werden im allgemeinen die gleichen Mindestschulkenntnisse wie für die Anwärter der Schiffsoffizierslaufbahn gefordert. Die Bewerber müssen also mindestens die Reife für Obersekunda besitzen, und für den Dienst an Bord des Schiffes sollen sie auch „see- und tropendienstfähig“ sein. Bei der Annahme zur Ausbildung sollen sie das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die erste theoretische und apparattechnische Ausbildung erfolgt in Lehrgängen der Betriebsgesellschaften und Meeresvereine, jener in geeigneten Unterrichtsanstalten und dauert neun Monate. Der Unterricht umfaßt Übungen im Geben und Hören, die Bestimmungen über Betrieb und Verkehr im Vordienst, Mathematik, Mechanik, Gleichstromlehre, Wechselstromlehre, Gleichstrommaschinen, Wechselstrommaschinen, Schwingungslehre und praktische und theoretische Unterweisung über die Funktechnik. Dazu kommen praktische Übungen im Seefunkverkehr, Schreibmaschinenübungen und Sprachen (englisch, spanisch und französisch) unter Berücksichtigung der im Betriebe vorkommenden Bedwendungen und Fachausdrücke. Nach Beendigung dieser Ausbildung kann der Anwärter vor dem Prüfungsausschuß des telegraphentechnischen Reichsamtes oder bei einer Oberpostdirektion die erste Vordienstprüfung ablegen. Nach bestandener Prüfung erhalten die Prüflinge das Vordienstzeugnis erster Klasse mit dem Kennwort „Vorpost“. Sie führen dann die Bezeichnung „Funkgehilfe“. Hierauf folgt eine dreijährige Ausbildungszeit an Bord und an Land, die durch das Bestehen der Hauptprüfung abgeschlossen wird. Damit erhält der Funkgehilfe, wenn er das 21. Lebensjahr vollendet hat, das Vordienstzeugnis erster Klasse mit dem Kennwort „Hauptprüfung“. Die Funker haben jetzt den Rang eines Schiffsoffiziers und führen die Bezeichnung „Funkoffizier“. Für die Laufbahn der Funker im deutschen Großfunkdienst gelten die gleichen Bestimmungen wie für Vordienstler, nur mit dem Unterschied, daß für sie natürlich nicht See- und Tropendienstfähigkeit gefordert werden. Die Bewerber für diese Laufbahn melden sich bei der Transradio A.-G. für drahtlosen Überseeverkehr, Berlin SW 11, Galleisches Ufer 12/13.

Mit Akkumulatorenstrom betriebene Kraftwagen

Die vernünftige Tarifpolitik der Elektrizitätswerke hat in der letzten Zeit dazu geführt, die Akkumulatoren wieder mehr zum Antrieb von Fahrzeugen zu verwenden. Im Gegensatz zum Betrieb mit Fahrdrahtleitung bietet sich hier die Möglichkeit, die elektrische Kraft auch zu jenen Stunden auszunutzen, das heißt zur Ladung der Batterie zu verwenden, wo sonst kein Bedarf ist, nämlich zur Nachtzeit. Dies führt zu sehr vorteilhaften Strompreisen für den Abnehmer, sowohl als auch für das Werk, das durch die Abgabe von Nachtstrom eine bessere Ausnutzung erfährt. Neben der Bewilligung der Fahrkosten zeigen sich, verglichen mit den Benzinwagen, noch folgende Vorteile: Der Fortfall von Geräuschen und Gerüchen, das Fehlen von Erschütterungen und ein viel leichteres Anfahren. Die Brennstoffmotoren entladen in die Atmosphäre — und zwar knapp über dem Erdboden — beträchtliche Mengen von Kohlenstaub, die zumeist noch andere schädliche Gase, zum Beispiel Kohlenoxyd enthält. In engen Straßen macht sich die Verschlechterung der Luft durch diese Auspuffgase oft recht unangenehm bemerkbar. Die elektrisch betriebenen Fahrzeuge dagegen zeigen diesen Mangel nicht, sie sind also — besonders für den Verkehr in den Städten — auch in gesundheitlicher Beziehung vorteilhafter. Wie verlautet, gelangen in der aller nächsten Zeit in Berlin 500 Elektroautos neuerer Bauart zur Einführung, die infolge der verhältnismäßig geringen Betriebskosten zwei Jahre lang zum Motorbetrieb befähigt werden können. Erwähnt sei ferner, daß auf der hiesigen Gedächtnisfeier nur noch elektrisch betriebene Boote verkehren und daß in Lyon die Verjuden mit elektrisch betriebenen Autos (Betrieb mit Akkumulatoren) sehr günstig ausgefallen sind. Die 16 hier seit über Jahresfrist im Vertriebe stehenden Wagen haben über 311 115 Kilometer zurückgelegt und annähernd 2 Millionen Fahrgäste befördert, und zwar ohne daß an der mechanischen oder elektrischen Ausrüstung der Wagen irgend eine größere Reparatur notwendig geworden wäre. Bei achtfündigen Dienst des Personals beträgt die Reichweite der Wagen rund 100 Kilometer. Die Vergünstigung des Kraftwagenbetriebes mittels Akkumulatorenstrom liegt natürlich im Interesse aller jener Staaten, die Motorenreife Mittel aus dem Auslande beziehen müssen; aber auch die großen Kraftwerke sind an der Einführung der Elektromobile interessiert, denn sie sind in der Lage, bei Bewilligung günstiger Tarife ihren Nachtstrom zu verkaufen und dadurch die Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen zu erhöhen.

Der Kampf gegen die Korrosion

Jeder vermeidbare Materialverlust bedeutet eine Verschwendung. Die Verluste, die durch Korrosion (Zersetzung durch atmosphärische Einflüsse, Feuchtigkeit, Wasserdampf, chemische Stoffe und Flüssigkeiten in der chemischen Industrie usw.) entstehen, lassen sich zahlenmäßig nur schwer feststellen. Immerhin sollten doch die Korrosionsverluste, die in den Vereinigten Staaten von Amerika von den Fachleuten auf nicht weniger als 300 Millionen Dollar jährlich gewertet werden, zu ernstlichen Überlegungen Anlaß geben, auf welche Weise dem durch die Korrosion entstandenen Schaden abzuwehren ist. Wenn auch für deutsche Verhältnisse die Verluste schon aus dem Grunde der amerikanischen Verlust nicht erreichen können, weil unsere Gesamtindustrie und die abgelehnten und bei uns verwendeten Industrieerzeugnisse einen weit geringeren Umfang einnehmen, so dürfte darüber doch kein Zweifel bestehen, daß auch bei uns Millionen verloren gehen, die zu einem wesentlichen Teil durch eine planmäßige Wirtschaft und technische Überlegung erspart werden könnten.

Der Kampf gegen die Korrosion bedeutet für uns ein wichtiges Hilfsmittel in dem großen Wagnis der so oft genannten, aber nicht immer sinngemäß angewandten und verstandenen Rationalisierung. Praktische Fertigkeiten sind hier allerdings weniger ausschlaggebend als Beobachtungen und Erfahrungen auf wissenschaftlicher Grundlage. Stücke aus Gußeisen und gewöhnlichem Stahl werden bekanntlich vielfach in Dampfanlagen, Öfen, Gießereien, Kesseln für metallische Bäder usw. verwendet. Das Gußeisen ist dabei unter dem Einfluß der wiederholten Erwärmen bei höheren Temperaturen Volumenänderungen ausgesetzt, so daß diese Aufblähungen seine Verwendbarkeit begrenzen. Einem weichen Eisen mit 3 vH Kohlenstoff und nur schwachen Anteilen an den übrigen Stoffen, insbesondere mit unter 0,2 bis 0,3 vH Silizium, haftet diese Eigenschaft des Aufblähens nicht an.

In Dampfanlagen wird Gußeisen nur für eine Wärme bis zu 250 Grad empfohlen, darüber hinaus Stahlgußformguß oder geschmiedeter Stahl. Die Zusammenlegung und Behandlung des Stahles können von dem Gesichtspunkte aus unterjucht werden, dem Stahl bei Temperaturen über 250 Grad die entsprechenden zweckmäßiger Eigenschaften zu verleihen. Bei Ventilen für Motoren mit innerer Verbrennung (Arbeitstemperatur bis 600 Grad) kann man einen Stahl mit 3 vH Nickel wählen, für Flugzeugmotoren (600 bis 700 Grad) einen Sonderstahl mit 0,65 vH Kohlenstoff und 10 vH Chrom, bei Temperaturen von über 700 Grad einen Stahl mit 0,65 vH Kohlenstoff, 16 vH Wolfram und 3,75 vH Chrom. Ferner leistet für die gleichen Zwecke ein Stahl mit 1,2 vH Kohlenstoff, 12 vH Chrom, 3,2 vH Kobalt und 0,7 vH Molybdän gute Dienste. Ein Stahl mit hohem Chrom- und Wolframgehalt besitzt seine Härte und Bruchfestigkeit auch bei hohen Temperaturen. Es kommt jedoch mitunter vor, daß solche Stahlsorten sich dann abhärten, während sie die mit wenig Kohlenstoff- und starkem Chromgehalt weniger abhärten, andererseits aber weniger gut widerstehen. Das Monelmetall, das die nickel- und chromhaltigen Stähle sind von Interesse beim Bau der Dampf- und Gasturbinen. Hinsichtlich des Widerstandes gegen schwefelhaltige Dämpfe bei hohen Temperaturen werden gewöhnliches Gußeisen und Stahl, dann Nickelstahl schnell durch die Verbrennungsgase von Brennstoffen mit hohem Schwefelgehalt angegriffen. Die Verwendung der genannten Werkstoffe ist in Kesseln zu vermeiden. Das Aluminium widersteht dem Schwefelwasserstoff, auch bei hohen Temperaturen, dagegen ist seine mechanische Festigkeit bei über 250 Grad gering. Mit chromhaltigen Stahl und Gußeisen mit 20 vH Chrom und darüber scheint man bessere Ergebnisse zu erzielen. Während in der Ammoniakindustrie wolfram- und chromreicher Stahl bei erhöhten Temperaturen und Drücken Veranlassung zu Unfällen gaben, wurden mit einer Legierung von 60 vH Nickel, 12 vH Chrom, Rest Eisen (einschließlich der Verunreinigungen) gute

Arbeitsbedingungen festgestellt. In bezug auf den Widerstand gegen Oxidation bei hohen Temperaturen verhalten sich die Nickel-Chrom- und die Nickel-Chrom-Eisen-Legierungen allgemein viel besser als die Nickelstähle, die Nickel-Kupfer-Legierungen und die Stähle mit 13 vH Chrom; sie sind, was die mechanische Festigkeit anbetrifft, sogar den Stählen mit 20 und 25 vH Chrom überlegen.

Kalter oder warmer Essigsäure (bis zu 80 Grad) widersteht das Kupfer wirksam; immerhin ist in der Essigsäureindustrie das Aluminium vorzuziehen. Es ist besonders geeignet für die Leitungen und Behälter von reiner Essigsäure. Auf einem Werk in New Jersey bedient man sich einer Kupfer-Aluminium-Eisen-Legierung für einen Behälter zur Speicherung einer Leitung mit 80prozentiger Essigsäure, die sich gut bewährt. Für die Verwendung in Hochdruckanlagen ist in Amerika eine chromreiche Legierung unter dem Namen „Fahrit“ auf den Markt gebracht worden, die sich schwefeligen Dämpfen gegenüber als widerstandsfähig erweisen soll und deren Lebensdauer diejenige von Sonderstahl um das Fünffache übersteigt. Das Aluminium und seine Legierungen sind von Interesse für die Behandlung von hochprozentiger Salpetersäure, dagegen eignen sie sich nicht für Konzentrationen dieser Säure unter 68 vH. Gewisse Gußeisensorten und Stähle weisen eine zweckmäßige Widerstandsfähigkeit für Konzentrationen unter 68 vH auf; hierbei ist ein Gehalt von 14 vH Silizium oder mehr oder von 16 vH Chrom im Gußeisen erforderlich. Ein hoher Nickelgehalt verbessert die Widerstandsfähigkeit nicht, Molybdän auch nicht.

Das Monelmetall hat sich in Färbereien, Weizenlagern, Zentrifugalapparaten, in der Salzindustrie u. a. m. bewährt. Sulfanilfester Kunstschutt kann dem Angriff von Schwefelsäure (bis zu 50 vH), von Ammoniak (in allen Konzentrationen), Phosphor, Chloralkal, Salzsäure, Fluorwasserstoff, Phosphor- und Schwefelsäuren widerstehen. Man zieht ihn in Amerika dem Holz vor zum Auskleiden von Zisternenwagen für die Beförderung korrosiver Flüssigkeiten. Dr. Ka.

Das Geheimnis des Äthers

Obwohl der Rundfunk heute schon zu einer sehr alltäglichen Angelegenheit geworden ist und der transatlantische Fernverkehr bereits mit größter Sicherheit funktioniert, sind immer noch viele Rätsel dieser wundervollen Technik zu lösen. Ein dieser Rätsel, das schon an der Wiege der drahtlosen Kunst stand- und gewissermaßen mit ihr zusammen geboren wurde, ist die Frage, wie die ungeheure Geschwindigkeit zu erklären ist, mit der sich die elektromagnetischen Wellen durch den Raum bewegen. Die Geschwindigkeit der elektromagnetischen Wellen ist ebenso groß wie die des Lichtes. Sie beträgt 300 000 Kilometer in der Sekunde. Die Lichtgeschwindigkeit wurde zuerst 1827 durch Bradley gemessen. Die Messungen von Fizeau im Jahre 1849, von Foucault 1854 und von Michelson 1893 ergaben stets das gleiche, auch wenn sie mit anderen Methoden durchgeführt wurden. Bisher ist noch kein Stoff auf der Erde bekannt, dessen Eigenschaften die Erzielung einer so großen Geschwindigkeit erklären könnten. Seit Heinrich Hertz wissen wir, daß sich auch die elektromagnetischen Wellen mit der gleichen Geschwindigkeit durch den Raum bewegen. Eine andere Frage, deren Beantwortung von der modernen Physik gefordert wird, ist die, ob die sogenannten „Fernkräfte“ durch irgendeinen Stoff vermittelt werden oder ob sie wirkliche Fernkräfte sind. Solche rätselhaften Kräfte sind zum Beispiel die Anziehungskräfte von Massen aufeinander, die Kraft, die zwei Magnete aufeinander wirken läßt, die Kraft zwischen zwei elektrisch geladenen Körpern. Durch die Versuche von Hertz ist auch bewiesen worden, daß die Fernkräfte in Wirklichkeit vermittelte Kräfte sind, die auch im luftleeren Räume aufeinander wirken.



Verbandsleben



Wie kann die Zeitung verbessert werden?

Auswärtige Berichte stärkste Beachtung

Die Frage, ob die Gewerkschaftspresse gründlich von den Kollegen gelesen wird, ist einwandfrei schwer zu beantworten. Sicher ist, daß alle Kollegen, die mit der Arbeiterbewegung verwachsen sind, auch ihre Gewerkschaftszeitung lesen. Ebenso sicher ist aber auch, daß in den Reihen der Gleichgültigen, die wir leider noch in großer Zahl haben, die Zeitung wenig oder gar keine Beachtung findet.

Wir dürfen die schwierige Lage der Gewerkschaftspresse und im besonderen unserer Metallarbeiter-Zeitung nicht verkennen. Ihr gehen die meisten Vorteile, mit denen eine Tageszeitung arbeitet, — il Wochenchrift, ab. Sie kann nicht wirken durch schnelle Übermittlung von Neuigkeiten; sie kann auch nicht Alltagsblatt sein, sondern ist als Gewerkschaftszeitung an einen bestimmten Rahmen gebunden, der sich nicht willkürlich erweitern läßt. Ein anderer Nachteil ist die Verzögerung, die die Zeitung notwendig erfährt, um aus den Händen der Schriftleitung in die Hände der einzelnen Mitglieder zu kommen. Darüber vergehen 8 bis 14 Tage, und viele wichtige Fragen der Gewerkschaftsbewegung haben dann einen Stich ins Überaltete. Zum mindesten wirken solche Aufsätze dann aber als Wiederholungen, da ja die Arbeiter-Tagespresse diese Meldungen auch bringt. Zudem hat das Wirtschaftliche, womit sich eine Gewerkschaftszeitung nun einmal befassen muß, für viele Arbeiter etwas Langweiliges. Meinetwegen soll das nur gelten für die wirtschaftspolitisch Ungeschulten. Aber die sind eben weitaus in der Mehrzahl. Wirtschaftsstunde wurde in der Volksschule nicht gelehrt.

Aus den ange deuteten Schwierigkeiten kann man aber nun nicht folgern, daß unsere Zeitung in kleinerem Umfange erscheinen müßte. Gerade das Gegenteil: Die jetzige Erweiterung der MZ muß lebhaft begrüßt werden. Die ersten beiden Nummern 14 und 15 berechtigen zu der Hoffnung, daß die erweiterte MZ uns noch wertvollere Dienste leisten kann.

Daß unsere Zeitung so geschrieben sein muß, daß sie allen anderen Verbandshelfern eine Fundgrube von neuen Gedanken zur Verfügung und zur Vertiefung unserer Anschauung sein muß, ist selbstverständlich. Aber die wichtigere Aufgabe ist jedenfalls die: wie machen wir dem politischen und gewerkschaftlich gleichgültigen Verbandskollegen unsere Zeitung unentbehrlich. Wir dürfen nicht übersehen, daß der Gleichgültige in den meisten Fällen eine Arbeiter-Tageszeitung nicht liest. Weil seiner Frau der Roman nicht gefällt oder weil nicht erwähnt wurde, daß „Er“ 2. Schriftwart vom „Geistlichen“ geworden ist. Für einen solchen Kollegen bedeutet unsere MZ oft die einzige Quelle, aus der ihn Gedanken über die Arbeiterbewegung und über die Zusammenhänge seines großen Lebens mit der auch ganz hübsch großen wirtschaftlichen Wirklichkeit fließen. Daß er diese Gedanken nicht widerwillig, sondern eifrig und gern aufnimmt, soll vornehmste Aufgabe unserer Zeitung sein. Hoffentlich bereitet diese Aufgabe unsern Schriftleiter nicht allzuviel Kummer. Namen sollen diesmal keine Bedeutung haben.

Nun zum Ansehen der MZ. Eine wesentliche Änderung der äußeren Aufmachung kommt wohl kaum in Frage. Ich verstehe auch nicht viel davon. Vielleicht kann die kleine Druckchrift vermieden werden. Sie verleiht zu der bekannten Schnelldreier-Überchrift... Schlusssatz! Dann könnte das Jahressverzeichnis jeder Nummer auf der Mittelspalte des Titelblattes angegeben sein. Das weist auf manchen Aufsatz hin, der sonst übersehen würde.

Der allgemeine gewerkschaftliche Teil der MZ war, meiner Auffassung nach, bisher ausgezeichnet geleitet. Bei Behandlung politischer Fragen kann sich naturgemäß nicht um bloße Tatsachenaufzählungen handeln. Aus den oben angeführten Gründen sind diese meist überholt oder wiederholt. Wohl aber sollen zusammenfassende Betrachtungen über halbwegs abgeschlossene politische Vorgänge Aufnahme finden. Natürlich vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet. Wenn das ohne Aufwickeln des Vorderkampfes geschehen kann, ist es noch besser. Wenn man ein bißchen Humor hat, kann man diesen hübschen Kampf als eine Übung im Kämpfen, als „Bogen am Berezasaband“ auf fassen. Nur wird es aber endlich Zeit, daß wir aus diesen Übungen herantreten und uns „auswärtig“ ergaen lassen. Daran ist kein Mangel.

Von allen Aufsätzen der MZ finden die auswärtigen Berichte stärkste Beachtung. Eine alte Wunderratsel spielt hier mit. Wir können aber nicht alle in fremde Länder reisen. Aber wir möchten doch gerne wissen, was dort geschieht. Unsere Sphärenkenntnis vom Ausland ist nicht groß. Wir lernten, daß in Afrika Neger, in Amerika Indianer und in China Chineser wohnten. Außerdem erfahren wir wohl, daß diese Länder Kwakwade hatten. Die meisten wir auswendig können. In diese Erde kann die MZ mit Erfolg springen. Was wissen wir eigentlich von China? Wie sieht in diesem viel-gemeinerten Lande aus? Welches sind seine Lebens-, seine Wirtschaftsbedingungen? Geologisch, geographisch, völkertunlich, wirtschaftlich, politisch, kulturell? Oder ein anderes Land: Rußland und das große, weite Sibirien. Ebenso unbekannt Dinge sind was Japan, Australien, Mittel- und Südamerika und große Teile von Afrika. Über Nordamerika sind wir durch eine Reihe guter Aufsätze in der MZ schon besser unterrichtet. Ich halte es für sehr wesentlich, wenn all diese Offbarungen über fremde Länder durch gute Karten veranschauligt werden.

Beste Beachtung und Unterstützung verdient das tapfere Bestreben unserer Kollegen Fritz Kasper, die häufigen aber trübsamen Fremdwörter aus unserer Zeitung zu bannen. Es ist einfach ein Gebot der Sachlichkeit. Man soll das, was man meint, klar und geneigt verständlich ausdrücken. Nicht kühnliche Fremdwörter werden noch in unserer Tageszeitung angewandt! Reizlos am falschen Ort und falsch ausgesprochen. Ein „Prominent“ unserer Verbandspresse gerade noch von „propagandagieren“, statt werden oder schreiben. Wie oft hört ich sagen „Diktator“ und „partei-Resistenz“ (passive Resistenz) statt international Widerstand oder Abwehr. Wir sollten endlich aufhören, solches Vieh zu verzapfen oder den Anlaß dazu zu geben.

Daß die Metallarbeiter-Zeitung einen gut geleiteten technischen Teil haben muß, versteht sich am Ranke. Auch unser eigenes Verbandsleben darf breiten Raum für sich beanspruchen. Nicht ausgeschlossen aus der MZ sollen allgemeine proletarische Kulturfragen sein. Wie und wo verbringe ich meine Ferien? Wie nützen mir am besten unsere Freizeit? Wie machen wir aus unseren Kindern Sozialisten? — Alles sehr wichtige Fragen, an die sich andere reihen lassen. Ich denke an neue Wohnkultur, Gesundheitspflege, Körperübungen, zweckmäßige Nahrung und Kleidung u. a. Zu den Kulturfragen gehören auch die Hinweise und Erläuterungen von Büchern, die von Wert für die Arbeiterschaft sind. Mancher Kollege weiß nicht, daß seine Verwaltungstelle eine vorzügliche Bücherei hat, aus der er Wissen und Unterhaltung schöpfen kann.

Für unbedingt erforderlich halte ich die Unterhaltungsbeilage der MZ, wie sie seit dem 1. April als „Familie und Haus“ erscheint. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht nicht, daß unsere „Metallarbeiter-Jugend“ gerne gelesen wird, weil sie Aufsätze in der Form von hübschen Erzählungen oder Gesprächen bringt. Die sogenannte „schöne Literatur“ ist durchaus kein zweiklassiges Bildungsmittel. Im Gegenteil: damit lassen sich viel weitere Kreise erfassen, als mit feinspolierten Verstandesfragen.

Ich würde es befürworten, wenn unsere MZ einen guten sozialen Roman in Fortsetzungen brächte. Das wäre sogar ein kleiner Kniff. Viele Kollegen und Kolleginnen würden dann die Fortsetzungen nicht missen wollen und von selbst nach ihrer MZ fragen.

Ich fasse zusammen: Der Gestaltung einer guten Gewerkschaftszeitung stellen sich ganz bestimmte Schwierigkeiten entgegen. Die MZ ist unerlässlich für die Fortentwicklung unseres Verbandes. Sie ist sein geistiger Überbau. In ihren Spalten sollen die Gedanken der landweitem Kollegenchaft pulsen. Ihr Inhalt soll uns Werkzeug in unserm Kampfe sein. Vorwärts und aufwärts legen unsere Ziele. Die Metallarbeiter-Zeitung soll uns Kampf und Wegweiser sein.

Max Gilbert, Leipzig.

Eine Rubrik „Freie Aussprache“

Im großen ganzen leiden alle Verbandsblätter unter mangelnder Beachtung der breiten Mitgliedschaften. Das trifft auch für unsere Metallarbeiter-Zeitung zu, wenn sie auch bei einem Vergleich mit anderen Gewerkschaftsblättern noch gut abschneidet. Fragt man in Kollegenkreisen um, so muß man feststellen, daß eigentlich nur die Funktionäre mit einer kleineren Zahl Mitglieder die Zeitung vollständig lesen. Über diesen Kreis hinaus pflegt sich ein jeder nur das heraus, was ihn besonders angeht: der weitaus größte Teil den Verkauf, ein kleinerer Teil die Auslandsberichte, der kleinste Teil die technischen Aufsätze. Ob nun man den Stoff in sozialpolitisch, Volkswirtschaft und Technik, so möchte ich sagen, daß die sozialpolitischen Aufsätze die weitaus größte Anteilnahme finden, dann folgen die wirtschaftlichen, während die technischen in der Form, wie sie heute gebracht werden, wohl am wenigsten gelesen werden.

Das Anteilnehmen für den Auslandsenteil hat merkwürdig nachgelassen, seit der Kampf zur Auswanderung mäßiger geworden ist. Doch finden Aufsätze über die Technik und Wirtschaft Amerikas immer noch vielhaber. Rußland nimmt ebenfalls die Aufmerksamkeit in Anspruch. Gewiß war eine gewisse Zurückhaltung der Schriftleitung wegen der Unübersichtlichkeit der russischen Verhältnisse und der Unzuverlässigkeit der Meldungen verständlich. Man sollte sich wie bisher darauf beschränken, die kommunisierende Propaganda abzuwehren, im übrigen aber das Problem Deutschland-Rußland voll würdigen. Das Gefühl der deutschen Arbeiter steht immer noch auf der Seite des russischen Volkes, trotz den deutschen Kommunisten.

Um die Fühlung mit der Mitgliedschaft herzustellen, schlage ich vor, eine Rubrik „Freie Aussprache“ einzurichten, in der auch solche Mitglieder zu Wort kommen, die nicht zu den regelmäßigen Mitarbeitern gehören. Diese Aussprache ist durch öffentliche Umfragen anzuregen, etwa der Art: „Mit welchen Schwierigkeiten und Gegenständen hast du in der Agitation zu kämpfen?“ Oder: „Wodurch werden die Jugendlichen deines Betriebes von der Organisation ferngehalten?“ Oder: „Welche sozialistischen Bücher besitzt du und welche sind dir die liebsten?“

Das Lektüre unserer Zeitung läßt in bezug auf den Druck und die Anordnung des Stoffes zu wünschen übrig. Der Druck muß größer und deutlicher sein. Aufsätze von allgemeiner Bedeutung müssen durch besonders großen Druck hervorgehoben werden, dann kann man sicher sein, daß sie zuerst gelesen werden. Sozialpolitische oder wirtschaftliche Aufsätze dürfen nicht durch ein „Gedichtchen“ unterbrochen sein. Eine nützliche Eingrenzung des Stoffes in feste Abteilungen wird nicht immer möglich sein, wohl aber eine Schöpfung des unterhaltenden Teils von übrigen. Am zweckmäßigsten ist immer noch, diesen Teil, in dem vor allem auch die soziale Dichtung zu würdigen wäre, „unter dem Strich“ zu ordnen. Der Redaktor wäre alle 3 oder 4 Wochen eine besondere Seite zu widmen. Der Inhalt möchte weniger der Berufsfrage als dem Allgemeininteresse angepaßt sein. Bedeutsame Ereignisse der sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Lebens, die Frauenbewegung, die Gewerkschaftsjugend, die Gewerkschaftsinternationale, Gewerkschaften und Sozialismus, Arbeitsrecht usw. müßten gleichmäßig regelmäßig gewürdigt werden, immer in geschlossenem Rahmen, auch außerhalb vom übrigen Teil getrennt und nur in gemeinsamen Zusammenhängen. Einzelfälle aus dem Arbeitsrecht werden, besonders wenn sie lebendig dargestellt sind, gerne gelesen, müssen aber leicht Kennzeichnung an. Ein jeder drückt die Schablone des dargestellten Falles auf seine eigenen Verhältnisse und glaubt dann im Recht zu sein. Hier ist Vorsicht geboten. Potenzierte Darstellungen von gewerkschaftlichen Kämpfen sind sehr anzusehen und von erzählerischem Wert. Sie werden auch sehr viel gelesen, wie zum Beispiel die Darstellung des Leipziger Kampfes!

K. Hoffmann, Dortmund.

Unter keinen Umständen Fremdwörter!

Die Frage, ob die Metallarbeiter-Zeitung in irgendeinem Maße gelesen wird, ist in der Tat zu beantworten, daß sie zum mindesten ungenügend gelesen wird. Erst die Antwort auf meine Frage nach einem bestimmten Anlaß gab mir die Gewißheit, daß sie bei den meisten Mitgliedern nicht die ihr zukommende Beachtung findet. Die Schriftleitung einer jeden Zeitung muß bedacht sein, ihre Leser zum Lesen zu bewegen und dieses trifft in ganz besonderem Maße für unsere Mitglieder zu. Die Frage, ob die Zeitung zu hoch geschrieben ist, möchte ich vernachlässigen, es mag nur ein größerer Anreiz zum Lesen geschaffen werden. Sobald das Mitglied die Zeitung in die Hand bekommt, muß durch das Titelblatt seine Neugierde geweckt sein. In diesem Zweck halte ich es für notwendig, die Überschriften oder Aufsätze in Fettdruck schon auf der ersten Seite zu bringen, irgend ein Bild, das eine Kennzeichnung im Verbandsleben bringt, wäre zu begünstigen. In dem Inhalt selbst geht meine Meinung dahin, vielen etwas zu bringen, deshalb dürfen die Aufsätze nur in Ausnahmefällen

100 Druckzeilen übersteigen. Eine Kritik an den Inhalt möchte ich nicht erlauben, empfehle aber im besonderen folgendes zu beachten.

Unter keinen Umständen Fremdwörter bringen, die meisten Kollegen verstehen sie nicht und verlieren dadurch die Lust zum Lesen, dafür aber desto mehr fettgedruckte Stellen in den Aufsätzen. Gerne gelesen werden Aufsätze über die Lage der Arbeiter in anderen Ländern und Erdteilen. Weiter eine dauernd wiederholte Statistik der Löhne im Vergleich mit den anderen Ländern. Dann eine fortlaufende allgemeinverständliche Aufklärung über Sozialversicherung. Kurze Notizen über Erfindungen in Technik und Chemie, besonders solche, die in das Leben des Arbeiters eingreifen können. Mehr, sehr viel mehr berichtende Aufsätze aus den Betrieben. Die Mitglieder unterhalten sich dann mehr über die Zeitung und reichen sie auch den Unorganisierten, was ich für sehr wichtig halte. Da ich gerade bei den Unorganisierten bin, möchte ich empfehlen, ein Blatt in der Größe eines halben Zeitungsblattes mit Mitteilungen an die uns Fernstehenden beizulegen mit der ausdrücklichen Weisung an die Kollegen, dieses an die richtige Adresse zu bringen. Denn unsere Kollegen behalten die Zeitung gerne für sich, weil sie dieselbe aus Maroel an Zeit nicht sofort lesen und dann das Papier behalten wollen. Für unsere Frauen werden Aufsätze gewünscht über die Lage der Frau in Beruf und Haus, vornehmlich aus anderen Ländern und Erdteilen. Der Aufsatz in Nr. 11 und 12 der Metallarbeiter-Zeitung über die Einwanderer in Nordamerika ist gerne gelesen worden. Kleine Notizen, was das Nichtbezahlen der Beiträge für Folgen für die Familie haben kann. Etwas anderes vermische ich (auch in der Tagespresse), nämlich die Gedenkblätter aus der Arbeiterbewegung. Wenn zu dem weiteren Papier ein größerer sauberer Druck käme und wenn nicht an den Kosten scheiterte, einige Bilder zu bringen, dann wird sich die Zeitung einer noch größeren Beliebtheit erfreuen und wir werden wirken. Ein erfreulicher Fortschritt ist die mir gerade zu Gesicht kommende Nr. 14.

R. Gelfenfirchen

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Alten: Durch Vereinbarung: Über 22 Jahre alte Arbeiter 3 S., Arbeiterinnen und unter 22 Jahre alte Arbeiter 2 S., ab 1. Oktober erfolgt die gleiche Zulage. Für die Gleichheitsarbeiter beträgt die Zulage 4 S., auch diese erhalten ab 1. Oktober nochmals 2 S. Laufdauer bis 31. März 1928.

Bitterfeld, Metallindustrie: Durch Vereinbarung tritt ab 1. April eine Lohnerhöhung von 5 S. ein, der Spitzenlohn beträgt nunmehr 74 S. Gültig bis 30. September 1927.

Bremehaven, Landbetriebe: Durch Schiedspruch wurde der Zeitlohn auf 93 S. erhöht und die Alfordröße auf 81 S. festgesetzt. Breslau und Niederschlesien: Streik mit vollem Erfolg beendet, Aussperrung aufgehoben. Die erzielten Lohnsätze betragen ab 1. April für Breslau und Niederschlesien 74, ab 1. Juli 75 S., ab 1. Oktober 76 S. Die Arbeitszeit beträgt grundsätzlich 48 Stunden. Zulässig sind 6 Überstunden, von denen die ersten vier mit 10 vS, die beiden letzten mit 15 vS Zuschlag zu vergüten sind.

Breslau: Durch Schiedspruch wurde für Lohnarbeiter eine Zulage von 5 S. und für Arbeiter von 4 S. festgesetzt; für letztere kommt ab 1. Oktober ein weiterer Pfennig hinzu. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, zulässig sind 6 Überstunden, ab 49. Woche 10 vS Zuschlag. Gültig für 5000 Arbeiter.

Niederschlesien: Der bisherige Spitzenlohn von 59 S. beträgt ab 1. April 64 S., ab 1. Juli 65 S. und ab 1. Oktober d. J. 68 S. die Stunde. Die Arbeitszeit ist ebenso geregelt wie in Breslau.

Esslingen: Durch Vereinbarung erhalten Arbeiter über 22 Jahre ab 4. April 3 S., Arbeiterinnen und unter 22 Jahre alte Arbeiter 2 S.; ab 2. Oktober erfolgt die gleiche Zulage. Alfordröße ab 4. April 3 vS. Laufdauer bis 31. März 1928.

Esslingen: Durch Vereinbarung erhalten die über 22 Jahre alten Arbeiter 3 S., Arbeiterinnen und unter 22 Jahre alte Arbeiter 2 S.; für letztere ab 3. Oktober weitere 2 S. Laufdauer bis 31. März 1928.

Frankfurt: Durch Vereinbarung: Erhöhung des Spitzenlohnes um 7 S. Dieser beträgt jetzt 1,05 M. Die Laufzeit ist bis zum 30. September 1927. Beteiligte sind 1200 Mann.

Herford: Durch Vereinbarung beträgt die Lohnzulage 4 S.; die Arbeitszeit 48 Stunden, 6 Überstunden sind zulässig; für die ersten 3 Stunden 10 vS, die übrigen 20 vS. Kündigungstermin 1. Okt. 1927.

München: Der Streik der Stahlformer bei der Firma Krause wegen der Fehlgangfrage ist mit Erfolg beendet.

Münsterland: Durch Schiedspruch ist eine Lohnerhöhung von 7 vS veranlaßt. Die Arbeitszeit ist auf 48 Stunden festgesetzt, zulässig sind bis zu 6 Überstunden. Für die ersten drei beträgt der Zuschlag 10 vS, für die folgenden 20 vS. Gültig bis zum 1. Oktober 1927.

Nordharz (Gallersleben, Okerleben, Gesehausen, Bernigerode): Durch Schiedspruch tritt eine Lohnerhöhung von 5 S. sofort ein, ab 1. Oktober 2 S. Der Mindestspitzenlohn beträgt nunmehr 79 S. Gültig bis zum 31. Januar 1928.

Porzellan: Durch Schiedspruch wurde der Tarifspitzenlohn ab 27. März von 69 auf 74 S. erhöht. Aber die Spitzenhöhe soll betriebsweise verhandelt werden. Gültigkeit bis 31. März 1928.

Solingen: Durch Schiedspruch wird die Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden herabgesetzt. Zuschläge von der 48. Woche ab sieht der Schiedspruch nicht vor. Der Schiedspruch wurde für verbindlich erklärt.

Zeitz: Durch Schiedspruch tritt ab 11. April eine Lohnerhöhung von 5 S. in der Spitze ein, ab 1. Oktober eine weitere Zulage von 2 S. Der Mindestlohn für Facharbeiter beträgt 74 S., ab 1. Oktober 76 S. Gültig bis 31. März 1928.

Sprachede

Ziffer. Manche Leute sind in „Ziffer“ verfallen, daß sie es fast an jedes Wort anleihen. Sie gingen damit vielleicht schon etwas sparsamer um, wenn sie wüßten, daß „Ziffer“ gleichbedeutend ist mit „Buchstabe“ oder „Zeichen“. Da man nicht sagen kann: „Die Ausfuhrziffern steigen“, so kann man natürlich auch nicht sagen: „Die Ausfuhrziffern steigen“. Mein, in einem fort muß man lesen: „Die amtlichen Ziffern sind unrichtig“, oder: „Die Produktionsziffern der Stahlindustrie gingen mächtig in die Höhe“, oder: „Die Arbeitslosen ziffern nahmen wiederum zu.“ In allen diesen und ähnlichen Fällen muß anstelle Ziffer „Zahl“ stehen. Wer aber nicht bloß Wert auf reines Deutsch, sondern auch auf Knappe und scharfe Ausdruckweise legt, der wird auch auf „Zahl“ verzichten. In der hier oben angeführten und in sehr vielen anderen Beispielen braucht man „Zahl“ oder „Zahlen“ überhaupt nicht; Ausfuhr, Index (Mehrzahl), Produktion, Arbeitslosen allein genügt vollaus.

Die beziehungsweise Schwiegermutter. Da heißt es immer wieder in den Lobesangehen: „unsere liebe Mutter, beziehungsweise Schwiegermutter, Großmutter und Tante“. Aber sie braucht sich nichts einbilden auf diesen Ruhm, alle anderen Familienangehörigen teilen ihn im gleichen Maße mit ihr: „unser lieber Sohn, bzw. Bruder und Schwager“ u. a. Noch sonderbarer wird der Fall, wenn ein einzelner angeht: „meine innigstgeliebte Schwester, bzw. Schwägerin, Tante und Nichte“ — ei du Grundgütiger! Welch seltsame Verwandtschaftsbezeichnung muß das gewesen sein! Wenn wir sagen, daß jemand Vater, Schwiegervater, Großvater und Oheim war, so brauchen wir wirklich nicht dabei zu sagen, daß er das zweite, dritte und vierte zu den Untergeordneten „beziehungsweise“ — oder gar „resp.“ — war; denn kein Verwandtlicher wird annehmen, daß er auch nur zu einem von ihnen Vater und Großvater zugleich war. Also weg mit diesem

Der Anschlag gegen die englischen Gewerkschaften

Der englischen Kapitalistenklasse liegt der Bergarbeiterstreik noch immer schwer im Magen. Das ist so unbegreiflich nicht, wenn man die Verlusttabelle liest, die der Schatzkanzler Churchill jetzt in seinem Finanzbericht aufstellt. Hunderte von Millionen Pfund eingebüßt im Handel, bei der Warenerzeugung, bei der Steuerleistung und der Streitabwehr. Da die englische Oberschicht auf Geldbeutel überaus empfindlich ist, drängt sie ihren Geschäftsauswärtigen, Regierung Seiner Majestät genannt, der Wiederholung eines Massenstreiks vorzubeugen. Die Regierung tut das, wie alle Regierungen konservativen Kalibers, durch ein Gesetz gegen die Gewerkschaften. Der Entwurf ist kürzlich veröffentlicht worden. Sein Inhalt zeigt von einer solchen Kürzsichtigkeit und Rücksichtslosigkeit, daß er von der wilhelminischen Hornokratie stammen könnte. Er will einen Streik, der über den Beruf oder eine Industrie hinausgreift, unterlagen, er bedroht Streikende, die Schwarzbeine und gleichartige Zeitgenossen einschüchtern oder schief angucken mit Freiheitsstrafe, er gibt Streikenden ein rückwirkendes Recht, von der Gewerkschaft den etwa durch den Streik entstandenen Verlust einzulagern. Das sind nur ein paar von den Bestimmungen des antilichen Nachwerks. Daß dergleichen noch in England möglich ist, beweist, wie tief seine regierende Schicht heute von skandinavischem Schwachsinne erfüllt ist.

Unsere Kenntnis der englischen Menschen und politischen Dinge läßt uns sagen, daß dieser Entwurf nicht Gesetz werden wird, wenn aber doch, daß die dafür verantwortliche Regierung schon einmal einen andern Platz zu machen hat, deren erste Aufgabe der Widerruf des Gesetzes sein wird. In dieser Meinung werden wir bestärkt durch Zeitungstimmen aus dem bürgerlichen Lager Englands. So schreibt zum Beispiel der liberale Manchester Guardian: „Das Gewerkschaftsgesetz der Regierung hat etwas zustande gebracht, dessen Verwirklichung schwierig schien: es hat alle Richtungen der Arbeiter in einem einzigen Lager vereinigt. Es gibt keinen Unterschied zwischen der Mißbilligung eines Coos auf der äußersten Linken und eines Appellations auf der äußersten Rechten.“ Der New Statesman, die sehr angelegene Wochenchrift der Fabier, erklärt: „Das Gesetz als Ganzes ist die schärfste Klassenkriegserklärung, die seit Menschen-gedenken von einer verantwortlichen Stelle Englands ausgegangen ist.“ „Baldwin hat damit“, so bemerkt die große Zeit-schrift The Nation, „endgültig auf jeden Versuch verzichtet, als Haupt einer „nationalen Regierung“ für den Wirtschaftsa-frieden einzutreten oder beiden Parteien in Arbeitskonflikten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es ist ein parteiliches Gesetz schlimmer Sorte. Es wagt nicht einmal den Schein der Un-parteilichkeit gegenüber Unternehmer und Arbeiter! Denn es be-zieht nur Gewerkschaften und Streiks und erwähnt Unter-nehmerorganisationen und Aussperrungen nicht im geringsten.“ Der weitverzweigte Solidarität und gegenseitigen Hilfe der Unternehmer und des Kapitals werden keine Grenzen gesetzt, während den Gewerkschaften der Lebensnerv abgeschnitten wer-den soll.

Noch nie war in der Geschichte der britischen Gewerkschafts-bewegung eine so ernste Lage zu verzeichnen, noch nie waren aber auch die englischen Arbeiter in ihrem Widerstand so geeint. Bereits für den 29. April war ein außerordentlicher Kongreß aller Verbandsgemeinschaften anberaumt, der für den ab-1. Mai geplanten Feldzug einen genauen Plan ausarbeiten soll. Da weite Volkstreife, so auch die liberale Partei, gegen das Gesetz sind und die Regierung Baldwin schon während der Berg-arbeiteraussperrung die meiste Zuneigung verloren hat, wird dieser neue Gewaltstreik wohl dazu beitragen, das Schicksal der konservativen Regierung endgültig zu besiegeln.

Vormarsch der Reaktion in Polen

Im Lande des weißen Adlers erhebt die Hydra der Re-aktion immer bedrohlicher den giftgeschwollenen Kopf. Sie jerrt schon überall: in der Regierung, in Wirtschaft und Politik, in sozialen Leben. Große Teile der Bevölkerung sind nationalistisch überspannt, der militäristische Himmel überzieht den preußischen in dessen glanzvollster Zeit um ein erkleckliches. Wie weit dieser Wahnsinn schon gediehen ist, mag die Tatsache beweisen, daß sogar Frauen und Mädchen sich militärisch uniformieren und von Unteroffizieren im Schutze ausbilden lassen. Die Schrecken des Weltkrieges, die ganz Polen verunstaltet und die Bevölkerung ver-ändert haben, sind spurlos vorübergegangen. Mehr als die Hälfte der staatlichen Einkünfte gehen für Soldatenpensionen drauf. Ist es da zu verwundern, daß die arbeitende Bevölkerung unter der Diktatur der Reaktion immer mehr veresendet?

Die Unternehmer nützen diesen Stand der Dinge weidlich aus. Wissend, daß die Arbeiterklasse noch zu schwach organisiert ist und sich teilweise noch von nationalistischen und liberalen Schamschlägern einfangen läßt, machen sie Anschläge auf alle sozialen Errungenschaften. Damals konnte sich u. a. das Ar-beiterrecht, das Arbeitsurlaub- und das Krankentagegeld überall setzen lassen. Von dieser Schutzmauer haben die Unter-nehmer im Laufe der letzten Jahre einen Stein nach dem andern abgetragen. Die Abschaffung des Achtstundentages in Deutschland gab den Unternehmen willkommenen Anlaß, ihn für Polen als gänzlich unhaltbar hinzustellen. Sie fanden williges Gehör. Der Achtstundentag bestand fortan nur noch auf dem Papier, in der Praxis galt in diesen Industrien eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden. Die anderen Errungen-schaften wurden gleichermaßen in ihren sozialen Auswirkungen beschnitten. Der letzte große Streik in der Textilmetropole Lodz endete für die Unternehmer mit einem demgegenüber gün-stigen Schiedsspruch, daß sie das Arbeitsministerium zu ersuchen wägen, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen.

Wo es gilt, Arbeiterrechte zu beschneiden, fehlen natürlich die Metallindustriellen nicht. Auch sie scheuen kein Mittel, den gesetzlichen Achtstundentag zu durchbrechen und ihn mit wirtschaftlichen Zwangsmitteln zu verkrüppeln, obwohl die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie keine geringe ist. Die verhältnismäßig gut organisierten Metallarbeiter haben alle Mühe, die schlimmsten Angriffe auf ihre Rechte abzuwehren.

Auch im Bergbau, dem besten Barometer der Wirt-schaftslage, verschlechtern sich die Verhältnisse immer mehr, ob-wohl sie schlechter nicht mehr gedacht werden können. Die gute Beschäftigung während des englischen Bergarbeiterstreiks, die mit den Kohlenvorräten aufraunte, ist vorbei. Jetzt türmen sich wieder die Halben und sind am 6. März erneut auf 382 000 Tonnen angewachsen. Die rückläufige Bewegung im Kohlenabsatz macht sich auch in zahlreichen Feiertagen bemerkbar, so daß die letzten eingetretene geringe Lohnerhöhung

wieder ganz ausgewischt wurde. Dergleichen mehrten sich die Arbeiterentlassungen. So wurden neuerdings in Oberschlesien 3600 Arbeiter oder 42 vH der Belegschaft von 85 000 Mann entlassen, im Revier Dombrowa 2000 Arbeiter oder 6,7 vH der Belegschaft von 29 500 Mann, im kralauer Revier 2200 Arbeiter oder 24,4 vH der Belegschaft von 9000 Mann.

Die organisierte Arbeiterklasse sucht gegenwärtig Mittel und Wege zur Abwehr der Angriffe der Reaktion. Zu diesem Zwecke fanden kürzlich eingehende Beratungen statt zwischen der ge-werkschaftlichen Zentralkommission und dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei. Es ergab sich eine einheitliche Be-urteilung der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage. Ferner wurde festgestellt, daß der Angriff des Kapitals gegen die Sozial-gesetze und die verzweifelte Lage der arbeitenden Massen im Westen begriffen ist. Angesichts dieser Sachlage erachten es beide Körperschaften der polnischen Arbeiterklasse als unum-gänglich, zum Schutze der bedrohten Rechte und Lebens-beingungen der schaffenden Volksteile gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Mit Nachdruck wurde hervorgehoben, daß die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Arbeiterbewegung nach wie vor eine untrennbare Einheit bilden.

Victor Kalinowski

Wohnung und Kleidung in Rußland

Ein bereicherter Vergleich

Die Konomistischesche Obozrenije (März 1927) bringt einen Auf-satz von S. Poljak, in dem auf Grund der amtlichen Statistik Ver-gleiche angestellt werden zwischen der Lebenshaltung des amerikanischen und des russischen Industriearbeiters. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende Angaben über die Wohnungsverhältnisse des russischen Arbeiters:

Bei uns in Rußland ist es eine große Seltenheit, daß eine Arbeiterfamilie ein ganzes Haus mietet und bewohnt. Nach den Angaben, die 1924 gesammelt worden sind, kam von je 100 Arbeiter-familien, die Mietwohnungen innehalten, auf:

ein selbständiges Haus	eine selbständige Wohnung	einen Teil einer Wohnung (Eingelzimmer)	einen Teil eines Zimmers	eine Schlafstelle
1	90	59	9	1

Demnach hatten nur 31 vH aller Arbeiterfamilien einen abgeschlossenen Raum als Wohnstätte. Bei der überwiegenden Mehr-zahl, 69 vH, sah sich die Einzelfamilie gezwungen, die Wohnung mit anderen Familien zu teilen, und 10 vH mußten sogar ihr einziges Zimmer mit Fremden teilen.

Diese kurzen Angaben zeigen treffend die große Wohnungsnot, die in Rußland trotz der 1917/18 erfolgten Besitzergreifung von „bürger-lichen“ Wohnungen herrscht. Allerdings ist ein großer Teil der Häuser infolge des vollständigen Mangels an Instandsetzungsarbeiten derart verfallen, daß sie nicht mehr bewohnbar sind.

Hinsichtlich der Bekleidung ist der Abstand zwischen der Lebenshaltung des amerikanischen und des russischen Arbeiters noch bedeutender.

Jährliche Kleideranschaffung (berechnet auf eine Einzelperson):

	Amerikanisches Arbeiterbudget		In Hundertst. d. russ. Budget = 100
	Russisches	Amerikanisches	
Baumwollgewebe in Metern	15,08	25,26	193
Wollgewebe	1,18	3,58	313
Seidengewebe	0,082	0,99	3100
Feinwollgewebe	0,85	1,98	285
Strümpfe und Socken, Paar	1,41	3,70	617
Handschuhe, gestricke	0,09	1,30	1444
Federhandschuh	1,13	2,80	248
Federhandschuh	0,01	0,26	2600
Gummihandschuh	0,27	0,45	159

Ganz besonders groß ist der Abstand im Verbrauch von Bekleidungsgegenständen zwischen dem amerikanischen und dem russischen Arbeiter. So spielt zum Beispiel die Anschaffung von Seidenstoffen im russischen Arbeiterbudget so gut wie überhaupt keine Rolle (0,032 Meter auf eine Person), während sie in den Vereinigten Staaten immerhin bereits von gewisser Bedeutung ist. Das gleiche gilt bezüglich der Strümpfe und Socken, des Schuhzeuges und der Handschuhe. Die russischen Aufstellungen zeigen, daß zum Beispiel Socken bei den Ar-beitern bis zu einem gewissen Grade einen Luxusgegenstand darstellen und in der Regel durch Fußflappen ersetzt werden.

Diese Aufstellung gibt natürlich keinen Aufschluß über die Güte der gebrauchten Gegenstände, die zweifellos in den Vereinigten Staaten viel besser ist als in Rußland, was wohl dazu führt, daß der jeweilige Zustand der Arbeiterbekleidung in Amerika ein weit besserer ist wie in Sowjetrußland.

Die Gewerkschaften von Schanghai

Die letzte Konferenz der Gewerkschaften von Schanghai hat eine Entschlieung angenommen, in der die Zurückgabe der Fremden-siedlung verlangt wird. Aufstände sollen unterbleiben und die Waffen nur dann ergriffen werden, wenn die Umstände durchaus keinen andern Weg mehr offen lassen. In bezug auf die praktische gewerkschaftliche Arbeit wurden nachstehende Forderungen aufgestellt: Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, menschliche Behandlung von den Fabrikleitungen, Sozialversicherung usw. Weiter wurden Ge-schlässe betr. die Festigung der gewerkschaftlichen Disziplin, die Verein-heitlichung der Arbeiterbewegung usw. angenommen. Zum Schluß richtete die Konferenz, die eine neue Leitung wählte, einen Aufruf an die Arbeiter, in dem die Taktik und die Forderungen der Gewerkschaften dargelegt sind.

Was die Führung des Kampfes in England betrifft, so hat der gemeinsame Ausschuß des Britischen Gewerkschaftsbundes und der Britischen Arbeiterpartei eine Entschlieung angenommen, in der die sofortige Einleitung von Unterhandlungen und, falls mit den Chinesen keine Einigung erzielt werden kann, die Unterbreitung der entfeindeten Punkte des Konfliktes an ein womöglich unter der Leitung des Völkerbundes stehendes unparteiisches Schiedsgericht verlangt wird, dessen Beschlüsse bindend sein sollen.

Ein notwendiges Bundesjahr-Jubiläum. Im April 1827 fuhr das erste Dampfschiff in den Hafen von Oslo ein. Dampf-fahrzeug Nr. 1 war ein in England gebauter Raddampfer. Er erreichte nicht nur großes Ansehen, sondern hatte auch einen hochnotpeinlichen politischen Prozeß zur Folge. Der Staatsrat hatte nämlich zwei Dampfer für Rechnung der Staatskasse bauen lassen und war deshalb vom Reichsgericht unter Anklage gestellt worden, weil er dem Staats-„unnütze und unbedachtete Ausgaben“ gemacht habe. Das Reichs-gericht beschäftigte sich mit dem schwierigen Fall jedoch solange, daß die beiden Dampfer mittlerweile ihre Baukosten verdient hatten. So kam der Staatsrat mit einem Verweis davon. Heute aber feiert Oslo den bewundernswürdigen Tag des ersten Eintreffens eines Dampfschiffes.

Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich hat sich in den letzten Wochen andauernd verringert. Das ist zum Teil auf ein hartes Nach-laffen der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen, andererseits sind zahlreiche ausländische Arbeiter über die französische Grenze abgeschoben worden. Die Einwanderungszahl belief sich in der ersten Februarwoche nur noch auf 146 gegen 966 in der Belegungs-woche. Bis zum 20. März sind außerdem rund 22 500 ausländische Arbeiter aus Frankreich in ihre Heimat abgeschoben worden.

Rundfrage an die Unorganisierten

Mit dem Professor Dr. Dunstmann haben wir uns schon wiederholt beschäftigt. Er ist auf Unternehmertagungen zu einer Unvermeidlichkeit geworden. Seine theoretischen Darlegungen stimmen verächtlich oft mit den Forderungen und Zeitgedanken der arbeiterfeindlichen Fabrikantenverbände überein. Freilich sind ihm wegen seiner „Wissenschaftlichkeit“ mitunter die Geistes-garstig gelesenen worden. Aber Professor Dr. Dunstmann ist nicht nur Ausführender auf Unternehmertagungen, sondern auch wissenschaftlicher Berater des „Dinta“ und des Instituts für angewandte Soziologie, zwei Einrichtungen, die vom Unter-nehmergeld gespeist werden. Weiter gibt Dunstmann in der r i c h t s b r i e f e des Instituts für angewandte Soziologie her-aus, deren Serie A die besondere Bestimmung hat, „zur Ein-führung in die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung“ zu dienen. Was dort einfürend über Theorie und Praxis der Ar-beiterbewegung gelehrt wird, kann man nicht beschreiben. Das muß man gelesen haben.

Dem fünften Brief dieser Serie liegt eine „Rundfrage an die Arbeiter-schaft“ bei. Mit der Rundfrage erreicht nun Professor Dunstmann jenen Grad von Deutlichkeit, bei dem Zweifel über die Zweckbestimmtheit seiner Arbeit überhaupt nicht mehr möglich sind. Es handelt sich in der Rundfrage um die Frage der Monopolstellung der Gewerkschaften. „Die Frage ist“, heißt es in dem Flugblatt, „ob die Gewerkschaften als Vertreter von nur dem dritten Teil der Arbeiter-schaft das alleinige Vertretungsrecht der gesamten Arbeiterschaft in Anspruch nehmen dürfen. Diese Frage ist sowohl vom staats-rechtlichen Gesichtspunkt, wie vom moralischen Standpunkt der Unorganisierten aus von allergrößter Bedeutung.“

Um nun Stoff zu einer (vermutlich wissenschaftlichen) Be-urteilung dieser Frage beizubringen, erläßt das Institut für angewandte Soziologie (gez. Prof. Dunstmann) eine Rundfrage an die deutsche Arbeiterschaft: „Was hindert den Unorganisierten, sich den Gewerkschaften anzuschließen?“

Damit wendet sich das Institut an die Arbeiterschaft, sei sie organisiert oder unorganisiert, mit folgender Bitte:

Jeder Arbeiter, dem dieses Flugblatt in die Hand fällt, wird aufgefordert, seine Meinung über diesen Punkt zu sagen; er soll nicht seine eigene Stellung zu den Gewerkschaften etwa darstellen, er soll sagen, wie er das Verhalten der Unorganisierten beurteilt, aus welchen Gründen sie hauptsächlich nach seiner Meinung fernbleiben. In Betracht kommen hauptsächlich folgende Gründe:

1. weil tatsächlich viele Arbeiter kein Verantwortungsgefühl haben, also tatsächlich hinsichtlich minderwertig sind;
2. weil viele Arbeiter sich grundsätzlich von aller Politik fernhalten und ihre Ruhe lieben, sonst aber sehr verantwortungs-volle Menschen sind;
3. weil viele Arbeiter den Aufregungen und dem Terror der gewerkschaftlichen Agitation aus dem Wege gehen;
4. weil sie grundsätzlich den Wirtschaftskrieg ablehnen;
5. weil sie aus Gründen religiöser und anderer weltanschau-nlicher Einstellung sich zurückhalten.

Der Nachdruck liegt auf der Frage, welche von den genannten Gründen hauptsächlich in Frage kommen.

Die Art dieser Fragestellung läßt erkennen, welche Ant-worten dem Institut erwünscht sind. Darum soll der Arbeiter nicht seine Stellung zu den Gewerkschaften darlegen, sondern nur sagen, wie er das Verhalten der Unorganisierten beurteilt? Warum wird die Fragestellung somit nur bezogen auf die eine Seite gestellt, was man die Monopolstellung der Gewerkschaften nennt, nämlich auf die Lage der Unorganisierten? Warum wird sie nicht ausgebeutet auf die Befragung der Organisierten über die Berechtigung des Anspruchs der Gewerkschaften auf eine öffentlich-rechtliche Befugnis zur Vertretung der Arbeitnehmer-interessen? Die von Dunstmann formulierten Fragen sind sug-gestivfragen, das sind solche, die die Aussage des Zeugen v o r w e g bestimmen, und sie bilden daher keine Grundlage zur Verbringung einwandfreier Unterlagen. In dieser Form gestellt, werden die Fragen vornehmlich von Unorganisierten beant-wortet werden, womit das eingehende Material wiederum ein-j e i t i g bestimmt wird. Dunstmann muß als angeblicher Psycho-loge von Fach wissen, daß eine Fragestellung solche Folgen haben muß. Bedenklich erscheint uns auch, daß nur „die besten“ (nicht alle) Antworten veröffentlicht und mit 10 % entlohnt werden sollen. Nach welchen Grundgrößen wird bestimmt werden, welches die „besten Antworten“ sind, und wer bildet das Richterkollegium in diesem Wettbewerb, um den Preis für die beste Vertretung der Auffassung der Unorganisierten?

Dieses Vorgehen steht jenseits aller Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens. Der Fall Dunstmann ist daher auch kein Fall der Gewerkschaftsbewegung, sondern ein Fall der Wissenschaft. Die Gewerkschaften brauchen diese Methode nicht zu fürchten. Sie haben ihre Bedeutung gegen andere, achtungswertere Gegner durchgesetzt, denen der Geist wissenschaftlicher Lauterkeit nicht so weienfremd war, wie Dunstmann. Aber der Kredit der Wissen-schaft ist gefährdet, wenn ihre Kreise es nicht verstehen, der-artige Gestalten aus ihrer Mitte auszuschließen, denen selbst die „Methoden der modernsten Wissenschaft“ nicht die Kraft geben, die Wahrheit um ihrer selbst willen zu suchen.

Als die Gelben frech geworden

Aus Gelsenkirchen schreibt man uns: Sieben lange Jahre schon bemüht sich das Unternehmertum mittels des Dinta, die Arbeiter mit-schaffts f r e i e i t zu machen. Wir in Gelsenkirchen kennen diese Sache zur Genüge. Alle Mittel waren ihnen recht, den Arbeitern das Ge-hirn unter der Schädelbede wegzufahren. Lehrwerkstatt, Werk-schule, Kinderheim, Sport und Theater für Mannlein und Weiblein, angezogen und auch halb nackt (von wegen der Oberschicht und dem anderen) und die teure Werkszeitung. Wie viele Millionen mag es unserer Industriellen schon geloset haben? Wie viele tatgeschlagene Lüge und Mächte hat es den Strategen des Dinta schon geloset? Alles, alles ist wirkungslos geblieben!

Bei der Betriebsratswahl der Vereinigten Stahlwerke A. G. Schaller Verein in Gelsenkirchen, wollten sie schon im vorigen Jahre den Erfolg ihrer Machenschaft erproben. Neben dem Stahlhelm grübelte man so ganz leise den Werksverein, bereite den Vor-sitzen der Gelben von der Arbeit, um ihm die Zeit für die Agitation zu geben. Erfolg: Ein Gelber in den Betriebsrat. Dieses Jahr sollte der große, der uns vernichtende Streich gelöst werden. Plannmäßige Gehe gegen uns in den Betrieben, zwei Flugblätter, die am Metall-arbeiter-Verband kein gutes Haar ließen. Der derzeitige Vorsitzende des Betriebsrates sollte in Stuttgart am 29. Dezember 1926 für die vollständige Ausschloßmachung der Unorganisierten eingetreten sein. So glugs in diesem Jahre zur Wahl. Große Aufregung und Spannung bei den Gelben. Der Erfolg? Der Metallarbeiter-Verband hat zwei Mit-glieder mehr im Betriebsrat, von 18 Mann hat der IAW 15.

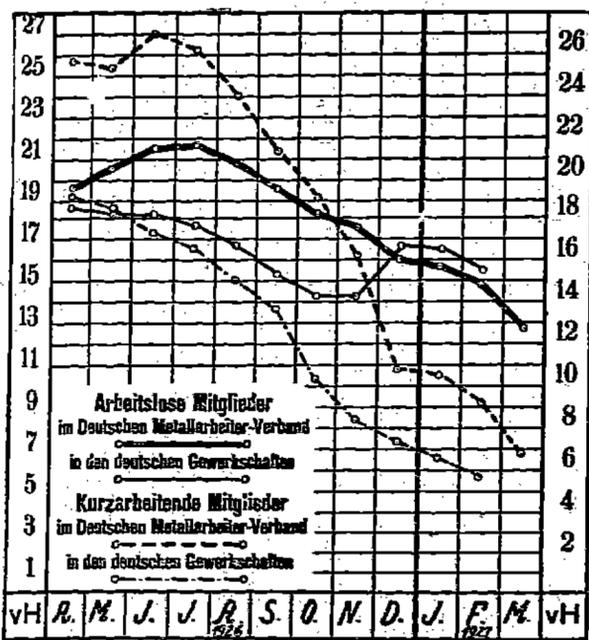
Zeit 1924 sind wir schon einige Male totgeschlagen worden, und immer wurde das Vertrauen der Belegschaft zu uns größer. Jetzt noch mal, das viele Geld für die Gelben und erst das viele Bier — und dann nur 16 Stimmen mehr als im Vorjahre! Es ist zum Verzweifeln!

Die Arbeitslage in der Metallindustrie

Die im Juli 1926 einsetzende Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes kam im Januar 1927 fast zum Stillstand. Im Februar trat eine etwas stärkere Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder ein. Dieser Rückgang hielt in verstärktem Maße auch im Monat März an. Während im Januar der Rückgang der arbeitslosen Mitglieder nur 0,3 v. H. betrug, wuchs die Abnahme im Februar auf 0,8 v. H., im März auf 2,1 v. H. Die kurzarbeitenden verminderten sich im Januar um 0,4, im Februar um 1,3, im März um 2,3 v. H. Stellt man die Zahlen von 1926 denen von 1927 gegenüber, so ergeben sich folgende Hundertsätze:

Table with 3 columns: Arbeitslose, Kurzarbeiter, Zusammen. Rows for January, February, March 1926 and 1927.

Den Verlauf der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.



Schriftenschau

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Das Aprilheft enthält eine Antwort Clemens Wörpels auf den Kampf der Wissenschaft gegen das „Gewerkschaftsmonopol“.

Die Gemeinwirtschaft. Monatschrift für die gesamte Gemeinwirtschaft. Nr. 4 enthält wichtige Beiträge, unter anderem: Raiffeisens Leben und Lehre (zum 60jährigen Jubiläum des Generalverbandes Raiffeisener Genossenschaften) von Prof. Dr. B. Lotzmann.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchaussee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 1. Quartal 1927

Financial table for the Sick and Death Insurance fund. Columns: Einnahmen, Ausgaben, Mehrausgaben, Kassenbestand am 1. Januar 1927, 31. März 1927. Rows for Krankenkasse and Sterbefasse.

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiter-Krankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt.

sich an die Hauptverwaltung: Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart. Telefon-Nummern: S. A. 628 41, S. A. 628 42, S. A. 639 90

Mit Sonntag dem 24. April ist der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. April 1927 fällig.

Am 3. April 1927 traten die im Statut vom 29. August 1926 enthaltenen Unterstufungsätze zu § 8 Abs. 1 (Reisegeld), § 9 Abs. 1 (Überziehungslofen), § 10 Abs. 1 (Erwerbslosenunterstützung) und § 13 Abs. 2 (Sterbegeld) in voller Höhe in Kraft.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table showing contribution amounts for different administrative bodies. Columns: Verwaltung, Für Mitglieder der Beitragsklasse I-IV wöchentlich Pfennig, Beginn des Beitrags-erhebungszeitraums.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erlebigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben. Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erlebigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft dem Vorstand einzureichen.

Gehtobten wurde: Mitgliedsbuch Nr. 5.769.684, lautend auf den Klempner Hans Mitzl, geb. am 12. März 1880 zu Daiteln. (Herne). Stuttgart, Rötestraße 16. Der Vorstandsvorstand.

Druck und Verlag: Verlagsgeellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16

GRATIS!



SHAKESPEARES WERKE

Die Reihe unserer in- und ausländischen Klassiker-Ausgaben erweitern wir Anfang Mai durch unsere neue Ausgabe von Shakespeare, enthaltend sämtliche Werke des Dichters. Es ist der Wunsch des Verlages, diese Ausgabe weitesten Kreisen zugänglich zu machen, und wir haben deshalb beschlossen, eine große Anzahl Exemplare dieses Werkes gratis abzugeben.

SHAKESPEARES SÄMTLICHEN WERKEN

In 20 Bänden, enthaltend etwa 3500 Seiten. — Die genialen Schöpfungen des gewaltigsten dramatischen Dichters, nicht nur Großbritanniens, sondern aller Länder und Völker, stehen bereits seit Jahrhunderten an erster Stelle der gesamten Universal-Literatur. Sie haben Legionen von begeisterten Lesern und Zuschauern durch ihre dramatische Spannkraft, die unerreicht dasteht, durch ihre erschütternde Tragik und ihren unverweklichen Humor gefesselt und erheitert.

Der Kaufmann von Venedig — Romeo und Julia — Hamlet, Prinz von Danemark — König Lear — Julius Cäsar — Othello — Macbeth — Die lustigen Weiber von Windsor — Ein Sommernachtstraum usw.

Dieses Angebot gilt nur für Coupons, die innerhalb zehn Tagen zu uns eingesandt werden.

GUTENBERG-VERLAG CHRISTENSEN & CO. Hamburg 1, Bieberhaus

Coupon form for requesting Shakespeare works. Fields for Name, Address, and Postcode.

Wir bitten dringend, unseren Verlag nicht zu verwechseln mit ähnlichen, in jüngster Zeit aufgetauchten Unternehmen, die unter Nachahmung unserer Vertriebsorgane geldgierige Ausschüsse über unsern Namen bilden, durch literarische Beleidigung sehr zu wünschen sind. Bitte beachten!

Advertisement for Meinel & Herold Musikinstrumente. Features various instruments like guitars, harmonicas, and pianos. Includes prices and contact information.

Advertisement for a bicycle, 'STAGE ZUR Aussicht'. Features a detailed illustration of the bike and technical specifications.

Advertisement for 'Ha, ha, ha' featuring a bicycle and a book. Includes a cartoon illustration of a man on a bicycle.

Advertisement for 'Betriebsräte-Zeitschrift' (Workers' Councils Journal). Promotes it as a valuable training organ for workers.

Advertisement for 'OPHELIA' bicycles. Features a cartoon of a woman on a bicycle and promotional text.

Advertisement for 'Arbeitsgerichtsgefes' (Labor Court). Promotes a new book on labor law.

Advertisement for 'Die Verlags-gesellschaft des D M B' (Publishing Society of the DMB). Promotes their publications.

Advertisement for 'Werkzeug' (Tools). Promotes a catalog of tools and offers a free trial.

Advertisement for 'SHERLOCK-GES. m.b.H.' (Sherlock & Co.). Promotes their products and services.